

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Rottbuserdamm 28 L.

Inserate
pro vierstellige Zeile 80 Pf.,
Stellenged. 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieber 20 Pf., Verfam-
lungsanzeigen zc. 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen

Nr. 42.

Berlin, den 21. Oktober 1905.

21. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Berichtskarten für das Kaiserl. Statistische Amt haben nachstehende Zahlstellen unterlassen einzufüllen: Adlershof, Barmen, Danzig, Duisburg, Ruhrort, Seilbromm, Kassel, Rempten, Nürnberg, Plauen und Wiesbaden.

Der Verbandsvorstand.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1904.

Die Generalkommission hat zum ersten Male den Versuch unternommen, genauen Aufschluß zu geben über die seitens der gewerkschaftlichen Organisationen durch Lohnbewegungen ohne Streik oder Aussperrung erzielten Erfolge. Wir bringen nachfolgend das Ergebnis.

Soweit sich das Wirken der Gewerkschaften in Deutschland in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen statistisch darstellen läßt, beschränkte sich diese Darstellung auf die Registrierung der Streiks und Angaben über die Zahl der erfolgreichen, teilweise erfolgreichen und erfolglosen Arbeitseinstellungen. Seit dem Jahre 1900 ist es infolge Verbesserung der Statistik möglich geworden, auch die Zahl der Personen anzugeben, die bei den Streiks vollen oder teilweisen Erfolg erzielten. Es konnte in den letzten Jahren bekannt gegeben werden, wie viel Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung erreichten, nicht aber ließ sich die erreichte Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung im ganzen und im einzelnen angeben. Vom Jahre 1905 wird auch diese Angabe gemacht werden können, so daß dann ein Urteil darüber ermöglicht wird, ob die für die Streiks gebrachten Opfer dem Errungenen entsprechen.

Es genügt aber nicht, die Errungenschaften eines Streiks in unmittelbarem Vergleich mit den aufgewendeten Mitteln und Kräften zu stellen. Oft werden die Forderungen der Arbeiter einige Monate nach einem verlorenen Streik anerkannt und durchgeführt. Zahlreicher aber sind die Fälle, in denen die Unternehmer es bei Forderungen der Arbeiter nicht zu einer Arbeitseinstellung kommen lassen, nachdem sie die Wirkungen eines, wenn auch zumungunsten der Arbeiter beendeten Streiks gefühlt haben. Ohne eine vorüberige Arbeitseinstellung, gleichviel, wie ihr Verlauf war, würden die Unternehmer sich nicht geneigt zeigen, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln.

Hierzu kommen die zahlreichen Fälle, in denen die Unternehmer, einer guten Gewerkschaftsorganisation gegenüberstehend, sich sagen, daß es zu einem hartnäckigen Kampfe kommen wird, dessen Nachwirkungen das Unternehmertum weit härter treffen, als die Arbeiterschaft. Ohne daß bereits das Erziehungsmittel eines Streiks vorher zur Anwendung gebracht worden ist, halten es die Unternehmer in solchen Fällen vielfach für zweckmäßiger, den Arbeitern Entgegenkommen zu zeigen und die Arbeitseinstellung zu vermeiden.

Wenn es daher auch für die späteren Jahre möglich sein sollte, im vollen Umfange darzustellen, was durch die Streiks erreicht worden ist,

so wäre damit noch lange nicht erwiesen, welche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften herbeigeführt werden. Dieses annähernd vollständig zu erweisen, machte es erforderlich, auch das darzustellen, was durch die Lohnbewegungen, die nicht zur Arbeitseinstellung führten, erreicht wurde.

Von einzelnen Gewerkschaften sind solche Uebersichten schon seit vielen Jahren aufgestellt und veröffentlicht worden. Jedoch war es nicht möglich, diese Veröffentlichungen zu einer zusammenfassenden Darstellung zu vereinigen. Deshalb entschlossen sich die Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände, vom Jahre 1904 ab eine Statistik über die Lohnbewegungen nach einheitlichen Grundsätzen zu führen und die Ergebnisse dieser Statistik von der Generalkommission zusammenstellen und veröffentlichen zu lassen.

Daß eine solche Aufnahme im ersten Jahre nicht vollkommen sein kann, ist leicht erklärlich. Von den Verbänden, in welchen eine solche Statistik seit längerer Zeit geführt ist, wird heute schon Vollkommenes geboten werden können. In den Organisationen, in welchen diese Statistik neu eingeführt ist, wird es jedoch noch längerer Schulung der Beamten der Zweigvereine bedürfen; ehe die Aufnahmen auch hier umfassend genug werden, um ein vollkommenes Bild der gesamten von den Gewerkschaften Deutschlands durchgeführten Lohnbewegungen geben zu können. In einigen Jahren wird es aber gelingen, diesen heute noch zu konstatierenden Mangel zu beseitigen, wie es auch im Laufe der Jahre gelungen ist, die sonstigen von den Gewerkschaften regelmäßig veranstalteten Statistiken so auszugestalten, daß sie heute allen Anforderungen genügen, die an solche Arbeiten zu stellen sind.

Ein Mangel wird der Statistik über die Lohnbewegungen wohl noch für längere Zeit anhaften. Es wird wohl in kurzer Zeit möglich werden, die durch die Lohnbewegungen erzielten Erfolge und schließlich auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die nach erfolglosen Lohnbewegungen eintrat, vollständig darstellen zu können, nicht aber wird es so schnell gelingen, die Herabdrückung der Arbeitsbedingungen anzugeben, die von den Arbeitern ohne nennenswerten Widerstand hingenommen werden. Wird auch die Berichterstattung über diese Vorkommnisse in genügender Weise gepflegt, so werden wir dazu kommen, feststellen zu können, welche Veränderungen in der Dauer der Arbeitszeit und der Lohnhöhe in jedem Jahre zu verzeichnen ist. Von dem englischen Arbeitsamt wird eine solche Statistik seit länger als einem Jahrzehnt mit Hilfe der Gewerkschaften geführt und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß das Gleiche nicht auch von den Gewerkschaften Deutschlands durchgeführt werden könne, zumal die von diesen bisher regelmäßig aufgenommenen Statistiken den Leistungen des englischen Arbeitsamtes sehr gut zur Seite gestellt werden können. Dieser Hinweis in Verbindung mit der Wirkung dieser erstmaligen Veröffentlichung der Uebersicht über die Erfolge der Lohnbewegungen dürfte die Beamten der Gewerkschaften, welche die ersten Arbeiten für diese Statistiken zu machen haben, veranlassen, ihre Kraft einzusetzen, um das Beste

zu leisten, damit die gemeinsame Arbeit vollkommen wird.

Lohnbewegungen waren insgesamt im Jahre 1904 in 40 Organisationen in 1310 Orten in 15 143 Betrieben mit 249 382 Beschäftigten zu verzeichnen. Für drei Organisationen fehlt die Angabe der Zahl der Beschäftigten und für zwei Organisationen die Zahl der Betriebe. In den Bewegungen waren 184 206 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. In 766 Orten, von den 1310, in welchen Bewegungen stattfanden, bestand eine Unternehmerorganisation, welcher die von der Bewegung betroffenen Unternehmer in 616 Orten angehörten. In 575 Fällen kam es infolge der Bewegungen zum Abschluß eines Tarifvertrages. In Ausgaben erforderten die Bewegungen insgesamt nur die Summe von 20 392 Mk. Diese geringe Ausgabe erklärt sich dadurch, daß vielfach die Ausgaben für Drucksachen usw., welche für die Bewegungen erforderlich waren, von den Organisationen als Verwaltungskosten oder auch als Ausgaben für Agitation gebucht wurden. Von den Bewegungen endeten 1687 durch Vergleichsverhandlungen, und zwar fanden die Verhandlungen statt in: 929 Fällen zwischen den Parteien direkt, 173 Fällen mit der Unternehmerorganisation, 24 Fällen vor dem Gewerbegericht, 610 Fällen unter Teilnahme der Organisationsinstanzen und 18 unter Teilnahme anderer Personen oder Körperschaften. In 107 Fällen wurde auf Antrag der Unternehmer und in 1370 Fällen auf Antrag der Arbeiter in Verhandlungen eingetreten.

Daß Lohnbewegungen im Verufe nicht stattgefunden haben, berichteten die Vorstände der Organisationen der: Asphaltteure, Barbier, Bergarbeiter, Blumenarbeiter, Buchdrucker, Gärtner, Gastwirtsgehülfen, Grabeure, Handlungsgehülfen, Lagerhalter, Maschinenisten, Notensteher, Porzellanarbeiter, Seeleute, Wäschearbeiter, Werftarbeiter und Zivilberufsmisler.

Bei den Glasarbeitern, Sattlern und Stukkatoren haben Bewegungen stattgefunden, doch ließen sich die Materialien darüber nicht in der Vollkommenheit beschaffen, wie es für die Verwendung in der Statistik erforderlich ist. Der Vorstand des Verbandes der Formstecher berichtete über eine Lohnbewegung in Braunschweig. Diese ist aber amtlich als Streik gezählt und deshalb auch unsererseits in der Streikstatistik vermerkt.

Das vorstehend gebotene Gesamtbild der Lohnbewegungen des Jahres 1904 ist somit nicht vollkommen, jedoch fehlen nur Angaben von drei Organisationen, die Lohnbewegungen durchgeführt haben.

Von der Gesamtzahl der Lohnbewegungen wurden solche zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchgeführt von 40 Organisationen in 1076 Orten, in 14 781 Betrieben mit 213 709 Beschäftigten. Beteiligt waren an diesen Bewegungen 169 974 Arbeiter und Arbeiterinnen. In 671 Orten bestand eine Unternehmerorganisation und gehörten dieser die betroffenen Unternehmer in 534 Orten an. Zum Abschluß eines Tarifvertrages kam es bei diesen Bewegungen in 559 Fällen. In Ausgaben entstanden insgesamt 16 241 Mk. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Bewegungen beigelegt in 1476

Fällen, und zwar wurden die Verhandlungen geführt in 813 Fällen zwischen den Parteien direkt, in 166 Fällen zwischen der Arbeiter- und der Unternehmerorganisation, in 20 Fällen vor dem Gewerbegericht, in 528 Fällen unter Teilnahme der Organisationsinstanzen und in 16 Fällen infolge Vermittlung dritter Personen oder Körperschaften. Die Verhandlungen erfolgten auf Antrag der Unternehmer in 94 und auf Antrag der Arbeiter in 1173 Fällen.

Der Erfolg der Bewegungen war für 48 534 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 123 252 eine Lohnerhöhung. Für 1188 dieser Beteiligten fehlte die Angabe über die Summe der erreichten Arbeitszeitverkürzung und für 1872 die Summe der erzielten Lohnerhöhung. Es erreichten nachweisbar 47 346 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 192 420 Stunden pro Woche und 121 380 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von zusammen 240 118 Mark pro Woche. (Schluß folgt.)

Lohnbewegungen.

Zugung nach Solingen, Bielefeld, Göttingen, Chemnitz, Erfurt, Köln a. Rh., Karlsruhe i. B., Königsberg i. Pr., Kaufbeuren, Reutlingen, Würzburg, sowie nach Eisenberg und Berlin (Stuarbeiter) ist strengstens fernzuhalten.

Die Werkstätten W. K ä m m e r e r, Berlin, Kochstr. 67, S. A r n o l d, Berlin, Köpenickerstraße 114 und A. S c h l a i t z, Leipzig-A. sind gesperrt!

Zu Innsbruck ist die Lohnbewegung der dortigen Kollegen mit Erfolg beendet. Für reisende Kollegen ist der Ort nicht mehr gesperrt.

Ueber die Lohnbewegungen in Solingen und die der Berliner Stuarbeiter orientieren die Versammlungsberichte.

In Königsberg kam es durch Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen.

Bielefeld. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung beschloß, am 16. d. M. die Forderungen an die Prinzipale einzureichen und bis zum 20. d. M. Antwort zu erbitten. Zugung nach Bielefeld ist streng fernzuhalten.

Aus Göttingen wird berichtet: Nachdem am 2. September in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten und dort eine dreigliedrige Kommission gewählt wurde, welche die Aufgabe hatte, die nötigen Schritte zu unternehmen, wurden bereits am 17. September die Forderungen eingereicht, auf welche wir Freitag, den 22. September, Antwort erbat. Die Herren Prinzipale hielten es aber nicht für notwendig, hierauf auch nur eine Antwort zu geben. Es wurde dann in der darauffolgenden Versammlung die Lohnkommission beauftragt, die Antwort der Prinzipale selbst zu holen. Auf ablehnendes Verhalten der Lohnkommission gegenüber wurde dann in der am 29. September stattgefundenen Versammlung beschlossen, am Sonntag, den 30. September, gemeinsam die Kündigung einzureichen, was auch vollzählig geschah. Die Folge davon war, daß die Herren Prinzipale gleich ein paar Tage später die Lohnkommission zu einer gemeinsamen Sitzung einluden, in welcher aber kein Resultat erzielt wurde. Wir erhielten dann anderen Tages von den Herren Prinzipalen ein Schreiben, in welchem sie bekundeten, was sie bewilligen könnten. Diese Zugeständnisse wurden aber in einer gleich darauf stattgefundenen Mitgliederversammlung verworfen und auf Vorschlag des Kollegen Dietrich-Stuttgart nach einiger Reduzierung unserer Forderungen diese von neuem den Prinzipalen unterbreitet. Wir erhielten auf diese die Zustimmung einer Firma und wurde darauf die Lohnkommission auf Grund dieser Bewilligung bei den anderen Firmen vorstellig, welche sich dann auch alle, mit Ausnahme einer, angeschlossen. Letztere anerkannte jedoch noch in letzter Stunde unsere Bedingungen, und somit war unsere Lohnbewegung noch vor Ablauf der Kündigung in ruhige Bahnen geleitet. Folgende Vereinbarungen wurden abgeschlossen und in einer am 14. Oktober stattgefundenen Versammlung, in welcher unser Gewerkschaftlicher Vertreter anwesend war, von den Kollegen angenommen:

Gehülfen, welche mindestens ein dreijährige Lehrgelt hinter sich haben, erhalten bei 57 1/2 stündiger Arbeitszeit: im ersten Gehülfsjahre einen Wochenlohn von 15 Mk., im zweiten Jahr 16,50 Mk., im dritten Jahr 17,70 Mk. und im vierten Jahr 19,50 Mk. Ausgenommen davon sind Hilfsarbeiter und solche Gehülfen, welche körperlich und geistig minderwertig sind. Die vom Geschäft, ohne Zustimmung der Mehrzahl der beschäftigten Personen angeordneten Feiertage werden bezahlt, wogegen die gesetzlichen Feiertage nicht bezahlt werden; für Ueberstunden wird ein Zuschlag vergütet, und zwar für die erste Stunde 10 Pf., für die zweite Stunde 15 Pf., für die dritte Stunde 20 Pf., für Sonntagsarbeit 25 Pf. Dieser Tarif tritt mit dem 16. Oktober 1906 in Kraft und endet mit vierwöchentlich Kündigung für beide Teile am 15. Oktober 1906.

Die oben angeführten Sätze sind gewiß als bescheiden anzusehen und mögen manche, welche dieses lesen, sich wundern, daß wir mit solchen Löhnen zufrieden waren. Wenn man aber bedenkt, daß dadurch manche Kollegen 2-3 Mk. Lohn die Woche mehr erhalten, kann man sich ungefähr ein Bild machen, was für schlechte Verhältnisse hier bestanden haben. Anerkannt muß werden, daß, trotzdem wir keine Zahl-

stelle sind, unsere Organisation anerkannt wurde. Es ist dies dem festen und einmütigen Zusammenhalten aller Kollegen zu verdanken; hatten doch von 25 hier beschäftigten Kollegen 22 gekündigt. Nun liegt es an den Kollegen selbst, das, was erreicht ist, auch festzuhalten. Ein jeder Kollege möge auf seinem Posten stehen, um, wenn es gilt, für unsere gerechte Sache einzutreten.

Karlsruhe hat in der Lohnbewegung bis dato erfreulicherweise ganz ansehnliche Erfolge aufzuweisen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 18 Betriebe mit 62 Kollegen und 35 Kolleginnen, nur eine kleine Anzahl Innungsmeister mit circa 12 Gehülfen stehen noch auf dem alten Standpunkte. Davon stehen in Kündigung 6 Kollegen, 5 dem katholischen Gesellenverein angehörige Gehülfen haben das Haftentwärtig ergriffen, trotzdem der Senior des katholischen Gesellenvereins im Auftrag seiner Gefinnungsgenossen sein Ehrenwort gegeben, standhaft zu bleiben. Es ist einmal kein Verlaß auf diese Jünger der Kaplanokratie. Die Situation ist sehr günstig, da das Gros der Kollegenschaft zu den neuen Bedingungen arbeitet. Im Lauf dieser Woche soll seitens der Lohnkommission der letzte Versuch unternommen werden, die bis jetzt noch in Rückstände befindlichen Innungsmeister zu Zugeständnissen zu bewegen. Andernfalls ist die Gesamtkollegenchaft gewillt, den Kampf mit aller Schärfe zu führen. Eventuell soll durch Anschlag an den Plakatwänden dem Publikum eine genaue Schilderung der Verhältnisse zur Kenntnis gebracht werden. Wenn die kleine Anzahl der Herren von der Zukunft gerne an den Stranger gestellt sein will, uns kann es recht sein. Es ist notwendig nochmals darauf hinzuweisen, den Zugung fern zu halten.

Eine Neuheit beim Marmorieren.

Vor einiger Zeit brachten wir einen Artikel, in dem eine Anleitung zum Marmorieren auf Wasser gegeben wurde, was gegenüber der bisherigen Methode den Vorzug hat, daß die immerhin umständliche Vereitung des Grundes nicht nötig ist. Für einfache Sachen und für kleinere Buchbindereien bedeutet diese Methode sicher einen vorzüglichen Nothbehelf. Die höhere Technik des Marmorierens und die Ausfertigung feinsten Mustern wird wohl aber immer zur Voraussetzung haben, einen dickeren Grund als Wasser zur Unterlage zu haben, also das bisher übliche Verfahren.

Besondere Schwierigkeiten bot bisher der Umstand, daß der aus Caragheenmoos usw. hergestellte Grund sehr schnell verbackt, wässrig wurde und auch galatinierte. Der bekannte Marmorierlehrer und erste Fabrikant von Marmorierfarben J. Halfer hat nun nach wiederholten Versuchen ein Mittel gefunden, das diesen Uebelständen ein Ende bereitet. Er hat eine Flüssigkeit erfunden, die dem Grunde zugesetzt wird, um dadurch das Verbacken des Grundes zu verhüten.

Mein Onkel Jules.

Novelle von Guy de Maupassant.
Deutsch von Wilhelm Thäl.

Ein armer Alter mit welchem Josef hat uns um ein Almosen. Mein Kamerad Joseph Davrande gab ihm hundert Sous. Ich war überrascht, und er sagte zu mir: „Dieser Arme hat mich an eine Geschichte erinnert, die ich Dir erzählen will, und die mich unaufhörlich verfolgt. Höre!“

Meine Familie, die aus Havre stammt, war nicht reich. Man schlug sich eben so durch. Der Vater arbeitete, kam spät vom Bureau heim und verdiente nicht viel. Ich hatte zwei Schwestern.

Meine Mutter litt besonders unter der Armut, in der wir lebten, und sie hatte oft bittere Worte für ihren Gatten, verkehrte und gehässige Vorwürfe. Der arme Mann machte dann eine Handbewegung, die mir das Herz zerriß. Er strich sich mit der flachen Hand über die Stirn, um einen Schweiß fortzuwischen, der nicht existierte, und antwortete nichts. Ich fühlte seinen ohnmächtigen Schmerz. Man sparte an allem, man nahm niemals ein Diner an, um es nicht erwidern zu müssen; man kaufte die Lebensmittel billig aus den Ladenabfällen. Meine Schwestern machten ihre Kleider selbst und bielten lange Beratungen ab über den Preis einer Nische, von der das Meter 15 Centimes kostete. Unsere gewöhnliche Nahrung bestand in dieser Suppe und Rindfleisch in allen möglichen Saucen! Das ist anscheinend gesund und kräftig; aber ich hätte doch etwas anderes vorgezogen.

Man machte mir schreckliche Szenen wegen der verlorenen Knöpfe oder der zerrissenen Hosen.

Aber jeden Sonntag machten wir unsere Partie in großer Gala. Mein Vater, im Gehrock, mit hohem Hut und Handschuhen, reichte meiner Mutter den Arm, die wie ein Schiff an einem Festtag aufgetakelt war. Meine Schwestern, die immer zuerst fertig waren, warteten auf das Zeichen zum Aufbruch; aber im letzten Augenblick entdeckte man immer noch einen vergessenen Fleck auf dem Rock des Familienoberhauptes, und dieser Fleck mußte schnell mit in Venzin getauchten Lappen herausgebracht werden.

Mein Vater, der seinen hohen Hut auf dem Kopfe behalten hatte, wartete nun in Hemdsärmeln, bis die Operation beendet war, während meine Mutter, nachdem sie ihre Brille aufgesetzt und ihre Handschuhe, um sie nicht zu beschmutzen, ausgezogen hatte, sich nach Möglichkeit beeilte.

Unter großer Höflichkeit setzte man sich in Bewegung. Meine Schwestern gingen voraus und reichten sich den Arm. Sie waren in heiratsfähigem Alter, und man zeigte sie möglichst. Ich hielt mich zur Linken meiner Mutter, zu deren Rechten mein Vater ging. Und ich erinnere mich an die würdevolle Wiener meiner armen Eltern auf diesen Sonntagsspaziergängen, an die Starrheit ihrer Bize, an die Steifheit ihrer Haltung. Mit feierlichem Schritt, geradem Körper und steifen Beinen schritten sie vorwärts, als wenn eine Sache von äußerster Wichtigkeit von ihrer Haltung abgehängt hätte.

Und jeden Sonntag, wenn wir die großen Schiffe einlaufen sahen, welche aus unbekanntem und fernen Ländern zurückkehrten, sprach mein Vater unveränderlich dieselben Worte: „Ach! wenn Jules dabei wäre! Welche Ueberraschung!“

Mein Onkel Jules, der Bruder meines Vaters, war die einzige Hoffnung der Familie, nachdem er ihr Schrecken gewesen war. Seit meiner frühesten Kindheit hatte ich von ihm sprechen hören, und ich glaubte, ich müßte ihn auf den ersten Blick erkennen, so vertraut war mir der Gedanke an ihn geworden.

Ich kannte alle Einzelheiten seines Lebens bis zu dem Tage seiner Abfahrt nach Amerika, obwohl man von dieser Zeit seines Lebens nur mit leiser Stimme sprach.

Er hatte, glaube ich, sich ziemlich schlecht benommen, das heißt, er hatte etwas Geld verbraucht, was in den armen Familien das größte aller Verbrechen ist. Bei den Reichen macht ein Mann, der sich amüsiert, „Dummheiten“. Er ist, wie man lachend sagt, ein Taugenichts. Bei den Armen wird ein Junge, der die Eltern zwingt, ihr Kapital auszugreifen, ein mauvais sujet genannt, ein Dumpe, ein Gallunke!

Und dieser Unterschied ist gerecht, wenn die Tatsache auch dieselbe bleibt, denn die Folgen allein entscheiden über die Bedeutung einer Sache.

Der Onkel Jules hatte nun die Erbschaft bedeutend vermindert, auf die mein Vater rechnete; außerdem hatte er seinen Teil bis auf den letzten Sou aufgezehrt.

Man hatte ihn dann nach Amerika eingeschifft, wie man es damals tat, und ihn auf einen Klaufrührer gebracht, der von Havre nach New York fuhr.

Als er erst da unten war, etablierte sich mein Onkel als Händler mit ich weiß nicht was und schrieb bald, er verdiene etwas Geld und hoffe, meinem Vater den Schaden zu ersetzen, den er ihm zugefügt. Dieser Brief verursachte in der

Ueber dieses neue Mittel, „Formalin“ genannt, und seine Anwendung schreibt Halfer selbst:

Die Vereitigung der Konserbierungsfähigkeit geschieht folgendermaßen:

In einem Liter siedendes Wasser werden 15 Gramm Borax gelöst, darauf 25 Gramm „Formalin“ dazu gegeben und gut umgerührt, damit ist die Konserbierungsfähigkeit fertig; sie reicht für Konserbierung von 10 Liter Grund vollkommen hin. Ueber die Vereitigung des Universalgrundes heißt es:

Da der Schleimgelalt des Caragheenuoses sehr variierend ist, so nehmen wir für die Vereitigung desselben ein solches Quantum von Moos, daß auch die mittlere an Schleimgelalt minderreiche Sorte einen genügend starken Saungrund ergibt. Sollten wir über eine sehr schleimreiche Sorte verfügen, so kann sich der Marmorierer bei jenem Teil, den er im Gebrauche nimmt, durch Wasserzusaß die richtige Stärke leicht herstellen; der andere Teil, der aufbewahrt wird, muß in dem Zustande bleiben, so wie er gekocht wurde.

Ich führe hier als Anleitung die minimalste Darfstellung von 10 Liter Universalgrund an, die bei größerem Bedarf so vervielfacht werden kann, als der Tagesbedarf für eine Woche erfordert. Zu 150 Gramm Caragheenuos werden 6 Liter weiches Wasser (Fluß- oder Regenwasser) genommen, 1 Liter Konserbierungsfähigkeit dazugegeben und damit gekocht. Der Grund soll 5 Minuten im Sieden erhalten werden; längeres Kochen macht den Grund flockig, was zu vermeiden ist. Nachdem er vom Feuer genommen, werden 3 Liter kaltes Wasser, womöglich Eiswasser, wenn es zu haben ist, unter Umrühren zugefügt. Mit diesem ist der Universalgrund fertig; er bleibt nun 12 Stunden zur vollkommenen Abkühlung stehen, wird dann durch einen Spitzsack aus schütterem Baumwoll-Leinen durchgeseiht und zur Verwendung aufbewahrt. Die Konserbierung ist eine so vorzügliche, daß der Grund selbst nach 60 Tagen so gut arbeitet, als wenn er gestern gekocht worden wäre. Die Zugabe des kalten Wassers nach dem Kochen verhindert die Gelatinierung des Grundschleimes. Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß die Gelatinierung das größte Hemmnis für die Entwicklung der Marmorierkunst war, da die Umwandlung des Schleimes in kleine unsichtbare Teilchen oft den geübtesten Marmorierer täuschten. Mit einem solchen Grunde kann kein schöner Schnitt zustande gebracht werden.

Viele Jahre fruchtloser Versuche, die Gelatinierung des Grundschleimes in den Herbst- und Wintermonaten zu verhüten, gingen verloren, ohne ein anderes Resultat zu erreichen, als die quantitative Bestimmung von Wasser und Moos, die sich in ihrem erprobten Verhältnisse zu einander so lange die Wage hielten, bis kalte Temperaturen der Luft dennoch die Gelatinierung des Grundschleimes vollzogen; ich wählte jedes weitere Forschen für verlorene Mühe,

bis mir ein wertvoller Gedanke die Lösung dieses Rätsels brachte.

Zu dieser Entdeckung half mir das Beispiel einer gewaltigen Naturkraft, welche das härteste Gestein in Staub verwandelt; es ist dies der jähe Temperaturwechsel von 100 Grad Celsius zum Gefrierpunkt — hieraus ergibt sich die Zugabe des Eiswassers zum siedendheißen Grunde —, in den Sommermonaten genügt gutes kaltes Wasser ebenfalls, da die Gelatinierung durch die hohe Temperatur der Luft ausgeschlossen ist; dagegen in den Wintermonaten ist es unumgänglich notwendig, Eiswasser zuzusetzen, das uns dann genügend zur Verfügung steht.

Mit dieser Erfindung wäre auch das letzte Hemmnis in der Marmorierkunst für immer beseitigt.

Durch die Beseitigung der anhaftenden Mängel ist der Caragheengrund in ein solches Stadium der Vollkommenheit getreten, daß uns das Marmorieren fürderhin als ein Spiel des Vergnügens gegen der früher nur Vergernis erregenden Arbeit erscheinen wird. Marmorierer, die gewöhnt sind, mit einem sehr starken Grund zu arbeiten, können das Quantum des Mooßes mit 10, höchstens 20 Gramm im Minimum der Darfstellung von 10 Liter Grund erhöhen. Für den allgemeinen Verbrauch sind 150 Gramm hinlänglich, um einen starken Saungrund von dem mittleren Mooße zu erhalten; bei sehr schleimreichen Sorten muß der Teil, der zum Gebrauche entnommen wird, entsprechend mit Wasser verdünnt werden.

Nach dieser Erklärung wird wohl in jeder Marmoriererinstanz sein, seine Berechnungen für ein beliebiges Quantum Grund aufzustellen.

Besonders für den kleinen Sortimentbuchbinder wird dieser Grund, der wochenlang in der Wanne stehen bleiben kann, von besonderem Vorteil sein. Sind nur wenige Bücher zu marmorieren, für die das Kochen des Grundes sich nicht lohnen würde, so bedarf es keiner umständlichen Vorbereitungen und sind nur die Farben aufzusprühen, um sofort mit der Herrichtung der schönsten Marmor- oder Stammsschnitte beginnen zu können. Selbstverständlich muß der Grund in der Wanne durch einen Deckel vor Staub geschützt bleiben.

Anders verhält es sich bei Massenbedarf an Grund, in Geschäftsbücherfabriken oder großen Verlagsanstalten, wo 10—20 Liter pro Tag gebraucht werden; hier wird sich der Marmorierer jedesmal für den Wochenbedarf den Grund bereiten, 60—120 Liter, da der Grund, nachdem er einen ganzen Tag benützt wurde, in der Regel stark beschmutzt sein wird, so daß es sich nicht lohnt, weiter darauf zu marmorieren. Der stark benützte Grund wird einfach jeden Abend weggeschüttet und am anderen Tage von dem Vorrat genommen, der für den Wochenbedarf im voraus hergestellt wurde.

Was die Aufbewahrung und Behandlung des Grundes betrifft, so ist es bei großem Verbrauch in Geschäftsbücherfabriken, wo täglich etwa 10 Liter Grund verarbeitet werden, am besten, das ganze

Quantum für eine Woche zu bereiten, und zwar kocht man die 60 Liter Grund am Freitag. Sonnabend früh wird er durchgeseiht und in einem Holzgefäß, welches mit einem Deckel versehen ist, im Winter in der Werkstätte, im Sommer im Keller aufbewahrt.

Bei jedesmaliger Entnahme wird der Grund mit den Fingern gut bearbeitet, so auch im Kleinbetrieb. Wenn der Grund einige Tage in der Wanne unberührt gestanden hat, wird erst der Spiegel desselben mit einem Streifen Papier abgezogen, dann der Grund mit den Fingern gut bearbeitet, worauf er zum marmorieren geeignet ist.

Den Vertrieb dieses neuen Mittels hat P. Szigrift, Leipzig, übernommen. (Näheres siehe Inserat in dieser Nummer.)

Bericht vom Gantag des X. Gues.

(Schluß aus der Beilage.)

Carisch kann es nicht für richtig finden, unsere Taktik so fest zu legen. In manchen Orten kann es ganz anständige Christen geben. Er habe ja schon genug mit diesen Leuten zu tun gehabt, um sich auch ein Urteil bilden zu können. In manchen Orten stellen sie ja direkt Streikbrecherorganisationen vor. Wo anders aber kann es die Entwicklung mit sich bringen, daß wir im Falle eines Kampfes mit ihnen gehen müssen. Es gibt ja Orte, wo sie stärker sind wie wir, z. B. in Düren. Da könne es zu unheilvollen Konsequenzen führen, wenn wir uns so festlegen wollen. Man soll die Christen nur ruhig weiter wursteln lassen, dann wird es über kurz oder lang so gehen wie in Essen, wo sie sauft und selig einschlafen sind.

Bieper will ebenfalls nicht die Taktik derart festgelegt wissen. Man könne nicht wissen, wie man einst mit ihnen zusammengehen müsse. Im großen und ganzen sei ja nicht viel damit los. In Maaßen hat einmal bei einer Werkstübchenbesprechung ein Christlicher auf dem Wort geessen und hat gelauscht, was beschloffen sei. In die Besprechung zu kommen, dazu sei der Betreffende zu feige gewesen. Am anderen Morgen aber wußte die ganze Bude, was beschloffen sei.

Groenhoff weiß auf die eventuellen Konsequenzen hin. Es könne vorkommen, daß in einer Werkstube oder Stadt mit vorwiegend Christlichorganisierten ein Streik ausbricht. Wenn wir nun bestimmt haben, daß wir nicht mit den Christen gehen wollen, so würde man sich natürlich auf der anderen Seite keinen Augenblick bestimmen und uns als organisierte Streikbrecher titulieren. Wenn wir an unsere alte bewährte Taktik festhalten, dann werden wir schon weiter kommen. In Elberfeld habe er den Christlichen zugerufen, daß in unserem Verband mehr wirklich christlich gesinnte Kollegen und Kolleginnen organisiert sind, als im ganzen sogenannten Christlichen Verband aller graphischen Berufe zusammen genommen. Die Nichtigkeit dieses Ausspruches wurde von jener Seite mit „Weider!“ quittiert.

Familie eine große Aufregung. Jules, der, wie man vorher sagte, nicht eine hohle Haseknus wert war, wurde plötzlich ein ehrenwerter Mann, ein Bürsche von Herz, ein echter Dabranche, edel und großherzig wie alle Dabranches.

Ein Kapitän teilte uns außerdem mit, er hätte einen großen Laden gemietet und triebe einen bedeutenden Handel.

Ein zweiter Brief, der zwei Jahre später eintraf, besagte: „Mein lieber Philipp, ich schreibe Dir, damit Du Dich wegen meiner Gesundheit nicht beunruhigst, welche sehr gut ist. Die Geschäfte gehen auch gut. Ich reise morgen auf längere Zeit nach Südamerika. Ich werde dort vielleicht mehrere Jahre bleiben, ohne Dir Nachricht von mir zu geben. Wenn ich Dir nicht schreibe, so sei deswegen unbesorgt. Ich werde nach Havre zurückkommen, wenn ich mir Vermögen erworben habe. Ich hoffe, das wird nicht allzulange dauern, und wir werden dann glücklich zusammen leben.“

Dieser Brief war das Evangelium der Familie geworden. Man las ihn bei jeder Gelegenheit vor und zeigte ihn aller Welt.

In der Tat ließ Onkel Jules zehn Jahre nichts von sich hören; aber die Hoffnung meines Vaters wurde immer größer, je mehr Zeit verging, und auch meine Mutter sagte oft: „Wenn der gute Jules erst da sein wird, wird sich unsere Lage ändern. Das ist einer, der es verstanden hat, sich aus der Notlage zu ziehen!“

Und jeden Sonntag wiederholte mein Vater, wenn er die dicken Nebel, die Rauchwolken über den Himmel trieben, am Horizont auftauchen sah, seine ewige Phrase: „Ach! wenn Jules dabei wäre! Das wäre eine Ueberraschung!“

Und man war fast darauf vorbereitet, ihn mit dem Taschentuch wehen zu sehen und schreien zu hören: „Geda, Philipp!“

Tausend Pläne hatte man auf diese sichere Rückkehr gegründet; man wollte sogar mit dem Gelde des Onkels ein kleines Landhaus in der Nähe von Zugonville kaufen. Ich möchte fast behaupten, daß mein Vater schon Unterhandlungen deswegen angeknüpft hatte.

Die ältere meiner Schwestern war damals 28 Jahre, die jüngere 26. Sie verheirateten sich nicht, und das war für alle Welt ein großerummer.

Endlich bewarb sich jemand um die zweite. Ein Beamter, nicht reich, aber ehrenwert. Ich habe stets die Ueberzeugung gehabt, daß der Brief des Onkel Jules, den man ihm eines Abends zeigte, seinem Schwanken ein Ende gemacht und den Entschluß des jungen Mannes zur Ausföhrung gebracht hatte.

Man nahm ihn mit offenen Armen auf, und es wurde beschloffen, daß die ganze Familie nach der Hochzeit eine kleine Reise nach Jersey machen sollte.

Jersey ist das Reiseideal aller armen Leute. Es ist nicht weit: man fährt in einem Dampfboot übers Meer und ist in einem fremden Lande, denn das Inselchen gehört den Engländern. Also kann sich ein Franzose nach zweiföhriger Fahrt den Anblick eines Nachbarvolkes gestatten, kann die — übrigens recht erbärmlichen — Sitten dieser mit der brittischen Flagge geschmückten Insel studieren — wie die Leute sagen, die einfach sprechen.

Diese Reise nach Jersey wurde unsere Beschäftigung, unsere einzige Erwartung, unser Traum in jedem Augenblick.

Endlich fuhren wir ab. Ich sehe es, als wäre es gestern; der Dampfer legte am Quai von Graville an; mein Vater überwachte ängstlich die Einladung unserer drei Klotz; meine Mutter hatte unruhig meine unverheiratete Schwester untergefaßt, welche seit der Verheiratung der anderen wie eine ihres Mädchens bezaubte Henne erschien, und hinter uns standen die Neuvermählten, die immer zurückblieben, was mich veranlaßte, oft den Kopf zu wenden.

Das Dampfschiff pffif. Wir waren eingestiegen, und das Fahrzeug, das sich vom Strande entfernte, fuhr jetzt auf dem offenen Meere wie auf einer grünen Marmor Tafel. Wir sahen die Küsten verschwinden und waren glücklich und stolz, wie alle Leute, die wenig reisen.

Mein Vater dehnte seinen Bauch unter dem Schrock, ans dem man noch an demselben Morgen sorgfätig alle Flecken entfernt hatte, und verbreitete einen furchtbaren Benzingeruch um sich her.

Plötzlich bemerkte er zwei elegante Damen, denen zwei Herren Aufstern anboten. Ein alter zerklümpter Matrose öffnete mit einem Messer die Muscheln und gab sie den Herren, die sie dann den Damen reicheten. Sie aßen sehr vorsichtig, indem sie die Schale über ein feines Taschentuch hielten und den Mund vorstreckten, um ihre Kleider nicht zu beschmutzen. Dann tranken sie den Inhalt mit einer kleinen blitzschnellen Bewegung aus und warfen die Muscheln ins Meer.

(Schluß folgt.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der vierte Punkt ist erledigt.

Es folgt Punkt V Verschiedenes.

Frenten zur Geschäftsordnung wünscht den Punkt graphische Kommission nicht mehr zu behandeln. dagegen eine Artikelserie in die Zeitung zu bringen, Kaiser ist gegen den Antrag. Es sei erst $\frac{1}{2}$ Uhr, da könne man gut noch eine halbe Stunde tagen und den Punkt erledigen.

Der Antrag Frenten wird abgelehnt. Kaiser spricht dann für die Schaffung von graphischen Kommissionen und empfiehlt folgende Resolution:

„Von der Erwägung ausgehend, daß die Interessen aller graphischen Berufe ziemlich die gleichen sind, andererseits eine gegenseitige Unterstützung in agitatorischer und moralischer Beziehung geboten erscheint, beschließen die Vorstände der örtlichen graphischen Verbandszweigen, ein graphisches Kartell zu bilden, welches berufen ist, die allgemeinen Interessen in ausgiebigster Weise zu fördern und als besondere Aufgabe die Agitation zu betreiben, in der Eigenschaft, wo eine Organisation so schwach vertreten ist, die Hauptbeteiligten sich um diese zu bemühen hat.“

Des weiteren ist ein Meinungsaustausch erforderlich, wozu in erster Linie die Verbandsorgane auszutauschen sind.

Bei allen in Betracht zu ziehenden Lohnforderungen oder sonstigen Vorgehen hat das graphische Kartell unverzüglich Stellung zu nehmen.“

Carisch spricht für Annahme dieser Resolution. In Essen sind mit der graphischen Kommission schon schöne Erfolge errungen. Er wünscht ferner, der Anregung des Kollegen Frenten beistimmend, eine Artikelserie in unserer Zeitung über diesen Punkt.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Kollege Pieper-Nachen muß abreisen. Groenhoff dankt ihm für seine Mitarbeit, wünscht der Zahlstelle Nachen ein kräftiges Gedeihen und bittet, die Größe des Goutages zu übermitteln.

Gröpenhoff macht sodann auf die von ihm entworfene, den Delegierten am Morgen übermittelte Gauordnung aufmerksam. Er habe von der Ueberzeugung an die Zahlstellen Abstand genommen, weil ihn die Erfahrung gelehrt habe, daß dabei nichts herauskommt. Die ausgesprochenen Wünsche sind in dem Regulativ berücksichtigt. Es lehnt sich vielfach an dem von Kollegen Schildbach verfaßten Entwurf an. Von der Festsetzung eines Gaubetrags ist Abstand genommen. Wohl aber ist dem künftigen Goutage das Recht gegeben, solches zu beschließen. Ueberall aber ist dem demokratischen Prinzip, dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder im weitesten Sinne Rechnung getragen. Er stelle diesen Punkt nun zur Diskussion und hoffe, daß die Angelegenheit schnell zu erledigen sei. Dann haben wir in Zukunft eine Nichtschär und brauchen uns bei künftigen Goutagen nicht mit Geschäftsordnungsdebatten zu plagen.

Meyer stellt den Antrag, das Regulativ en bloc anzunehmen. Das sei um so unbedenklicher, da die demokratischen Rechte der Mitglieder darin gewahrt sind. Nach kurzen Bemerkungen des Kollegen Kaiser einerseits und Groenhoff andererseits wird der Antrag Meyer einstimmig angenommen.

Das Regulativ hat folgenden Wortlaut:

Der Gau 10 stellt entsprechend den §§ 40 bis 45 des Statuts eine lose Verbindung der in den Reg.-Bezirken Münster, Arnberg, Düsseldorf, Köln und Nachen vorhandenen Zahlstellen und Einzelmitglieder dar. Die Aufgaben des Gaus sind:

1. Eine planmäßige Betreibung der Agitation. § 40 des Statuts.
 2. Ein planmäßiges, gemeinsames Handeln zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. § 2 des Statuts.
 3. Möglichste Förderung des Arbeitsnachweises.
 4. Gegenseitige geistige und materielle Förderung und Unterstützung der Zahlstellen und Einzelmitglieder.
 5. Pflege der Berufsstatistik.
- Zur Durchführung dieser Aufgaben gibt sich der Gau folgendes Regulativ:

§ 1. An der Spitze des Gaus steht der Gauvorstand, welcher aus 3 Personen besteht. § 41 des Statuts.

§ 2. Der Gauvorstand hat seinen Sitz in Elberfeld. Vorstehender (Vollmächtiger) ist, den Anordnungen des Verbands-Vorstandes entsprechend, der vom Verbands-Vorstand und -Ausschuß erwählte Vorsitzende.

§ 3. Die Tätigkeit des Gauvorstandes ist festgelegt durch das Verbands-Statut. §§ 42 und 43.

§ 4. Nächste Instanz in allen speziellen Gauangelegenheiten ist der Goutag. § 40 des Statuts.

§ 5. Alle 3 Jahre findet im Anschluß an den ordentlichen Verbandstag ein Goutag statt.

Außerordentliche Goutage können nur auf Antrag von mindestens 4 Zahlstellen, nach erfolgter Abstimmung

in sämtlichen Zahlstellen, einberufen werden. Die einfache Majorität der abstimmenden Mitglieder entscheidet.

§ 6. Der Gauvorstand hat den Goutag einzuberufen. Die Bekanntgabe der Einberufung hat mindestens 6 Wochen vorher zu erfolgen. Anträge zum Goutag müssen mindestens 14 Tage vorher beim Gauvorstand eingereicht werden. Anträge, welche später, oder erst beim Goutag selbst eingereicht werden, bedürfen der Unterstützung von $\frac{1}{3}$ der Delegierten.

§ 7. Jede Zahlstelle entsendet zum Goutag, nach ihrer Mitgliederzahl, einen oder mehrere Delegierten. Bis zu 50 Mitglieder 1 Delegierten, bis zu 100 Mitglieder 2 Delegierten usw.

§ 8. Die Kosten der Delegation trägt jede Zahlstelle selbst.

§ 9. Die Kosten für die Vertretung des Gauvorstandes sowie die entstandenen notwendigen Goutagekosten, werden auf sämtliche Zahlstellen des Gaus verteilt.

§ 10. Schwachen Zahlstellen und größeren Einzelmitgliedern kann eine Vertretung auf gemeinsame Kosten der übrigen Zahlstellen gewährt werden.

Es bedarf dazu eines rechtzeitigen Antrages, mindestens vier Wochen vor Stattfinden des Goutages, an den Gauvorstand. Dieser ist verpflichtet, sofort die Meinungsäußerung der Zahlstellen zu veranlassen. Ist die Mehrheit derselben dafür, so ist der Antrag genehmigt.

Einzelstehende Mitglieder haben das Recht, sich am Goutag zu beteiligen, müssen jedoch die ihnen entstehenden Kosten selbst tragen. (§ 44 Abs. 2.)

§ 11. Der Goutag gibt sich seine Geschäfts- und Tagesordnung selbst. Er kann die vorgegebene Tagesordnung einschränken und erweitern, wie es den Bedürfnissen und der Zeit entspricht.

§ 12. Der Goutag hat das Recht der Kontrolle über die Geschäftsführung des Gauvorstandes, Beratung und Beschlußfassung über Agitation und einheitliches Vorgehen zur Förderung der Verbandszwecke. (§ 44 Abs. 3.)

Der Goutag kann Umlagen resp. prozentuale Beiträge der Zahlstellen zur Deckung von gemeinsamen Gausausgaben beschließen, soweit sie aus lokalen Mitteln der Zahlstellen zu decken sind.

Soll ein Ertragebeitrag von sämtlichen Mitgliedern des Gaus erhoben werden, so hat der Gauvorstand auf Beschluß des Goutages die Genehmigung des Verbandsvorstandes zu erwirken.

Jeder derartige Beschluß wird einer Abstimmung unterworfen, wenn innerhalb sechs Wochen Widerspruch von 2 Zahlstellen oder 20 Einzelmitgliedern erhoben wird. Zweidrittel-Mehrheit entscheidet.

§ 13. Derartige Beiträge dürfen nur für Gauszwecke — wie z. B. Gau-Arbeitsnachweis, Krankenunterstützung oder ähnlichen vom Gau beschlossenen Maßnahmen — verwendet werden.

§ 14. Die Gelder sind von der Goutaffe getrennt zu verwalten und ist alljährlich Rechnungsablage zu geben. Die Kontrolle über diese Spezialkasse steht dem Gauvorort zu.

Schlußbestimmung:

Dieses Regulativ tritt mit dem 1. Januar 1906 in Kraft.

Es folgt dann noch die Festsetzung der Unkostenbedeckung des Goutages.

Kaiser stellt den Antrag, daß die Delegierten 6 Mark und die Fahrtentschädigung zu beanspruchen haben. Der Verbandstag setzt auch die Diäten fest; das könne der Goutag auch.

Gröpenhoff widerspricht dem. Die Delegierten zum Verbandstag werden aus den Verbandsmitteln entschädigt. Die Delegierten zum Goutag aber auf Kosten ihrer Zahlstellen, wir können denselben keine Vorschriften machen. Es müssen aber die Kosten für die Vertretung des Gauvorstandes und des Delegierten für Bonn aufgebracht werden. Außerdem die entstandenen Unkosten für Schreibmaterial. Letztere betragen 2,50 Mark. Es entfallen, wie soeben festgestellt wurde, auf jede Zahlstelle 1,80 Mark.

Kaiser kritisiert noch die Zahlstellen, die nicht für die schwächeren einstehen wollten. Es sei seinerzeit sehr bedauerlich worden, als auf dem Goutag in Elberfeld die Zahlstelle Nachen wegen schwacher Finanzen nicht vertreten war.

Gröpenhoff weist darauf hin, daß in Zukunft diese Frage durch das Regulativ geordnet ist.

Mich Lié ist dagegen, daß die Bonner Delegation aus allgemeinen Mitteln bezahlt wird. Der Gauvorstand habe soviel an der Bonner Kollegen verdient, daß dies die Goutaffe tragen könne.

Kaiser tritt warm für Uebernahme der Bonner Kosten ein.

Gröpenhoff hält die Ausführungen Michliés für Scherz. Die Goutaffe verdiene an den Einzelmitgliedern nichts, die kosten ihr im Gegenteil viel Geld, so daß sie an chronischem Dalles leide.

Die Uebernahme der Kosten wird darauf beschlossen.

Der Goutag ist damit am Ende seiner Arbeiten angelangt.

Gröpenhoff dankt zunächst den Delegierten für ihre fleißige Arbeit und für die Ruhe und Sachlichkeit, mit welcher die Diskussion geführt wurde. Das habe wesentlich dazu beigetragen, die vorliegende Arbeit so glatt aufzumachen. Sodann glaubt er im Namen des Goutages der Essener Kollegen für ihre Bemühungen um das Zustandekommen des Goutages in einem so schön geschmückten Heim ebenfalls danken zu dürfen.

Es sei unnötig zum Schluß noch viele Worte zu machen. Der alte Ruf, der uns so oft begeistert hat, er möge auch heute den Schluß unserer Arbeit bilden: der deutsche Buchbinder-Verband, er lebe hoch! Begeistert stimmten die Delegierten und Gäste ein.

Schluß des Goutages $7\frac{1}{4}$ Uhr.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 3. Oktober fand eine öffentliche Versammlung der Mieter in der Kartonbranche statt mit der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Mieter zum Ablauf des Tarifs?“ In einem eingehenden Referat spricht Kollege Schade die Notwendigkeit aus, den Tarif auf weitere $1\frac{1}{4}$ Jahre zu verlängern; er rät von einer Erhöhung des Tarifs ab, da der Ablauf desselben in die denkbar ungünstigste Zeit fällt, wünscht aber eine Kündigungsfrist in den Tarif hineinzubringen, da diese in dem bestehenden Tarif fehlt. Mit einer kräftigen Anfeuerung, in der Agitation nicht nachzulassen, sondern sich immer wieder die Forderung vor Augen zu halten, daß nur durch Zusammenhalt der Kollegenschaft etwas errungen werden kann, schloß Redner seinen sehr instruktiven und mit Beifall aufgenommenen Vortrag. — In der Diskussion schlossen sich die Kollegen Krüger und Badzong den Ausführungen des Redners an. Auf Antrag Thielemann wird beschlossen, eine Tarifkommission zu wählen, welche sich mit dem Tarif beschäftigen soll und dann denselben der kommenden Versammlung zu unterbreiten hat. Gewählt werden hierzu Krüger, Dhgro, Hein, Schade, Klappenbach, Schulz und Dietrich. Nach der einstimmigen Annahme eines Antrags, den Tarif so bestehen zu lassen, wie er jetzt besteht, nur mit dem Hinzufügen, daß eine Kündigungsfrist in ihm Aufnahme finden soll, wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Am 4. Oktober fand eine außerordentliche Generalversammlung statt die notwendig geworden war, durch die Amtsüberlegung Schades als 1. Vorsitzenden, sowie des Austritts sämtlicher fünf Beisitzer aus der Verwaltung. Da das dritte Quartal gerade abgeschlossen hatte, so gab Schade noch den Geschäftsbericht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegin Anna Bagelmann. Des ferneren wurde auf Antrag Wilhelm den Ausgesperrten in der Elektroindustrie 1000 Mk. aus der Lokalfasse überwiesen. Darauf gab Kollege Schade den Geschäftsbericht. Im dritten Quartal fanden statt 2 ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen, ferner 2 Mitgliederversammlungen. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Geschäfte in 13 Sitzungen, des weiteren fanden 4 kombinierte Verwaltungssitzungen statt, die sich zum großen Teil mit der Beratung des neuen Ortsstatuts beschäftigten. An Unterstützung wurden in acht Fällen 131 Mk. gegeben und an Darlehen in drei Fällen 80 Mk. Schade führt noch an, daß die Verwaltung sich nicht mehr so häufig mit Beschwerden, welche Kollegen unter sich haben, zu beschäftigen brauche und hofft, daß auch in Zukunft derartige Streitigkeiten in Werkstubenversammlungen ihren Ausweg finden.

In der Albumbranche haben stattgefunden eine öffentliche Versammlung, die sich mit dem Erfolg der Lohnbewegung beschäftigte, 10 Werkstuben-, 4 Delegierten- und 5 Kommissionsitzungen, 1 Sitzung der Anführerinnen und 2 Sitzungen der Presser. Bei der Lohnbewegung hatte ein Teil der Werkstuben keine Forderungen eingereicht, weil da die Organisierten in der Minderheit waren. Die Konjunktur ist eine gute.

Die Goldschmittmacher hatten 2 Brandenversammlungen, 1 Vertretermänner- und 1 Werkstubenversammlung und 2 Besprechungen. Die Firma Wübben & Co. will bei Goldschmitt für den Quadratcentimeter den bisherigen Preis nicht mehr bezahlen. Den Kollegen wurde angezogen, sich an das Tarifschiedsgericht zu wenden. Von einem Schiedspruch ist noch nichts bekannt.

In der Leder- und Galanteriebranche fanden statt 2 Delegiertenversammlungen und 15 Werkstubenversammlungen; 1 Verhandlung bei Marquot, wo es gelang, die Arbeitszeit von 9 Stunden 10 Minuten, auf 9 Stunden herabzusetzen, auch eine Mehrbezahlung der Arbeiter wurde erreicht.

In der Luxuspapierbranche haben stattgefunden 41 Werkstubenversammlungen, 3 Delegierten- und 13 Agitationskommissionsitzungen; 2 Morgensprachen für die Presser und 2 solche für die Träger;

1 Branchenversammlung. Eine Verhandlung bei Selmar Weyer, wo die Preiser den Minimallohn haben wollten, verlief resultatlos. Zwei Firmen wurden der Gewerbeinspektion mitgeteilt. Der Geschäftsgang ist ein unregelmäßiger. In einigen Betrieben werden Ueberstunden gemacht, in anderen wird verkürzt gearbeitet.

Die Buchbinderbranche hatte 32 Werkstubeversammlungen, 2 Delegierten-, 1 kombinierte Werkstube-, 1 kombinierte Agitationskommissions- und 12 Agitationskommissionsitzungen, 1 öffentliche Versammlung, 15 Verhandlungen. Ein Teil der Verhandlungen war durch den Streit bei Kämmerer nötig. Bei Elsner wurde einigemale verhandelt, einmal galt es für die Kolleginnen, welche eine Lohnzulage verlangten, einzutreten; eine solche wurde ihnen gewährt; das andere mal wurde verlangt, daß bei Nacharbeit keine Hilfsarbeiter und Lehrlinge zum Fertigmachen der Zeitschriften, sondern Buchbinder vom Arbeitsnachweis verwendet werden sollen. Bei einer Verhandlung mit der Firma Schauer wurde etwas Positives erzielt, daselbst wurden noch Mädchenlöhne von 6-7 Mk. geholt. Mit der Vorwärtsbuchhandlung waren Verhandlungen, weil diese einen Teil ihrer Arbeiten in einer nicht tarifstreuen Firma herstellen ließ. Von den im Vorwärts beschäftigten Kollegen wurde verlangt, daß diese ihre Arbeiten nur in eigenem Betriebe herstellen lassen solle. Dem Verlangen der Kollegen gegenüber, verhielt sich die Geschäftsleitung ablehnend, während sie zu der anderen Angelegenheit von der Verwaltung ein Vergleichnis der nichttarifstreuen Firmen verlangte. Die Verwaltung wird sich noch weiter damit zu beschäftigen haben. Außerdem gab es noch Verhandlungen bei Grebe, Ginstler & Schirmer, Albrecht, Weistien.

In der Kartonbranche gab es 57 Werkstubeversammlungen, 3 Delegierten- und 3 Agitationskommissionsitzungen, 1 Kommissionsitzung der Mieter, 1 Verhandlung bei Gubner, wo die Forderung der Zuschneider, statt einer 10stündigen eine 9 stündige Arbeitszeit einzuführen, erreicht wurde.

In der Etuibranche fanden statt: 10 Werkstubeversammlungen, 3 Werkstube-Delegierten- und 2 Tarifkommissionsitzungen, 1 Branchenversammlung, 1 Verhandlung bei Prießter & Sohn wegen schlechter Behandlung seitens des Werkführers.

Von der Kontobuchbranche konnte ein Bericht noch nicht gegeben werden.

In der Diskussion bebauert Hanke, daß die Anstellungsbedingungen und das neue Ortsstatut noch nicht erledigt sind. In verschiedenen Buchbindereien würden die gesetzlichen Bestimmungen noch vielfach umgangen. Die Ausbeutung nimmt immer mehr zu. Einzelne Branchen seien noch schlecht organisiert. Hier liege noch ein großes Arbeitsfeld vor. Die Niederlegung Schabes liege wohl mehr in der Beleidigung, nach welcher Schabe 20 Mk. erhalten haben soll, um den Streit bei Kämmerer beizulegen; die Resolution der vorigen Generalversammlung könne der Grund nicht sein. Die Weisfiker hätten überhaupt keinen Grund, aus der Verwaltung auszuschleichen. Redner erklärt, daß es nicht in seiner Absicht liege, Personen zu stürzen, sondern nur Kritik zu üben. Die Versammlung solle erklären, daß keine Gründe vorhanden sind, die an der persönlichen Ehrenhaftigkeit Schabes zweifeln.

Wytomski meint, die Niederlegung des größten Teiles der Verwaltung sei die Folge systematischer Verhöhnung innerhalb der Zählstelle. Die Verammlungen, wie sie sich jetzt abspielten, trügen wahrlich nicht zur Bildung der Kollegen bei. Schon in den Werkstubeversammlungen werde eine Heße gegen die leitenden Personen betrieben. Eine Zerfleischung unter den eigenen Kollegen sei nur eine Freude für die Prinzipale. Spizner und Reiche kommen noch einmal auf die verkehrte Taktik der Verwaltung bei dem Streit Kämmerer zurück. Wilhelm betont, daß Schabe keine Ursache habe niederzuliegen. Die Weisfiker seien überhaupt eine Erklärung schuldig geblieben.

In seinem Schlußwort bemerkt Schabe, daß mehr Versammlungen nicht abgehalten werden könnten. In seinen weiteren Ausführungen wendet er sich noch gegen Spizner und Reiche. Die Versammlung gab dann nachträglich ihre Zustimmung dazu, daß die Verwaltung beschloß hätte, dem Kollegen Bergmann, welcher bereits am 23. September seine Stellung aufgegeben hatte, das Gehalt bis zum 1. Oktober auszus zahlen; ferner, daß der Kollege Klar, der erst am 15. bereits seine Stellung am 11. September antreten sollte.

Ein Antrag Neblag, Kollegen Wytomski nachträglich über die beiden gegebenen Abrechnungen in der vorigen Generalversammlung die Decharge zu erteilen, wurde angenommen.

Zu Punkt 2: Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung, beantragt Hanke, den 1. Bevollmächtigten sofort anzustellen. Wytomski betont, daß die Mittel nicht ausreichen, wenn man einen dritten Beamten anstellen wolle. Habe man aber die Absicht, so solle man erst die Deckungsfrage regeln.

Hanke meint, daß bisher große Summen für Aus-hilfe ausgegeben worden seien. Die Notwendigkeit zwingt uns aber, einen dritten Beamten anzustellen, und dies müsse der erste Vorstehende sein. Bei einer Bewegung oder einem Streit müsse der Bevollmächtigte unabhängig sein. Klar kann den Antrag Hanke sehr gut begreifen, die Situation zwingt uns, einen dritten Beamten anzustellen. Der Antrag komme jedoch zu spät und bitte er, denselben abzulehnen. Redner spricht sich dahin aus, im Januar 1906 den ersten Bevollmächtigten anzustellen, und wenn Schabe nicht willens ist, wieder anzunehmen, einen provisorischen Vorstehenden zu wählen. Wo es dem Betreffenden an Zeit mangelt, sollen die beiden Beamten eingreifen. Dem Kassierer sei es auch möglich, bis zum Januar rechnersche Unterlagen zu schaffen, ob die Anstellung finanziell möglich sei.

Wolf, Frau Schreiber, Klemm und Herzog erkennen ebenfalls die Notwendigkeit an, den 1. Vorstehenden anzustellen.

Die Versammlung erklärt sich dann im Prinzip einverstanden, daß im Januar 1906 der erste Bevollmächtigte angestellt wird. Da Schabe erklärt hat, nicht wieder anzunehmen, bis dahin einen provisorischen Vorstehenden zu wählen.

Bei Vornahme der Wahl erklären sich die Kollegen Hanke und Zahn bereit, anzunehmen. Gegen eine etwaige Wahl Zahns wird jedoch Protest erhoben. Während der Abstimmung beantragt Bruns, denjenigen, der die wenigsten Stimmen erhalte, als zweiten Vorstehenden gelten zu lassen. Darauf entsetzt eine derartige Unruhe, daß sich der Vorstehende nur mit Mühe Gehör verschaffen kann. Das Resultat war, daß Hanke mit 110 Stimmen gewählt wurde; Zahn erhielt 37 Stimmen; unbefriedigt waren 85 Zettel. Unter fortwährend Unruhe werden die weiteren Wahlen vorgenommen. Als zweiter Vorstehender wird Wilhelm gewählt, zu Beisitzern die Kollegen Ernst Wolf, Kunath, Klemm, Reiche und Carl Friedrich. Für den ausgeschiedenen Kollegen Reiche als Revisor wird Kollege Schnabel gewählt.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, Beratung des neuen Ortsstatuts mußte wegen vorgerückter Zeit abgesetzt werden.

Berlin. Am die Antworten der Prinzipale auf die eingereichten Forderungen entgegen zu nehmen, waren die Etuiarbeiter und -Arbeiterinnen in einer öffentlichen Versammlung am 11. Oktober zusammen gekommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Flugblatt der sich im Ausstand befindlichen Kollegen und Kolleginnen aus Eisenberg verlesen. Aus den Ausführungen des Referenten Brudts war folgendes zu entnehmen: Nachdem die Lohnkommission ihrem Auftrage gemäß den Fabrikanten die Forderungen zugesandt hatten und durch das Anschreiben um eine gütliche Einigung durch Unterhandlungen gebeten wurde, erhielt die Kommission am 6. Tage nach Einsendung der Forderungen den Bescheid, daß um Unterhandlungen am 11. d. M. gebeten wurde, sowie, daß sich die Fabrikanten zu einer Vereinigung zusammengeen hätten, und eine Kommission derselben mit uns verhandeln sollte.

Nachdem die Kommission darum gebeten hatte, diese Unterhandlungen einen Tag früher zu verlegen, da an dem von den Fabrikanten gewünschten Tage die öffentliche Versammlung der Etuiarbeiter stattfinden sollte, welche endgültig über die Antworten der Prinzipale entscheiden sollte. Es wurde von seiten der Fabrikanten dem Wunsche nur insoweit Rechnung getragen, daß die Unterhandlungen am Nachmittag ihren Anfang nehmen konnten. Schon aus diesem Benehmen der Fabrikanten konnte die Kommission ersehen, um was es den Herren vor der Hand zu tun war, und auch der Umstand, daß sich die Fabrikanten einen Beistand mitbrachten in der Person des Sekretärs der Arbeitgebervereinigung, des Herrn Nasse, als unparteiischen Vorstehenden.

Nachdem von seiten der Kommission um die Namen der Firmen gebeten und diesem stattgegeben war, wurde in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Auf Wunsch der Kommission teilten die Herren Fabrikanten zunächst mit, was sie von unseren Forderungen zu bewilligen gedachten. Aus diesem ging hervor, daß die Herren Fabrikanten zunächst alles dies bewilligten, was wir schon bereits festgelegt hatten, und dann das, was ihnen keine Extrakosten verursachen würde; alles andere lehnten die Herren rundweg ab. Nachdem dann nach einer Anfrage seitens der Kommission erklärt wurde, daß die Kommission der Fabrikanten nicht in der Lage ist, irgend welche Zugeständnisse zu machen, da sie mit gebundenem Mandat zur Verhandlung gekommen seien, erklärte die Lohnkommission ihrerseits, daß es dann zwecklos war, überhaupt erst in Unterhandlungen einzutreten. Da ja auch selbstverständlich auf einer Grundfrage der Durchschnittslöhne von seiten der Lohnkommission nicht gedacht werden konnte, eine Unterhandlung zu führen, so erhob sich der Vorstehende der neugegründeten Fabrikantenvereinigung, Fabrikant Nothher, und erklärte, daß die Verhandlung dann

ihr Ende erreicht hätte. Nachdem dann natürlich unsererseits das Bedauern ausgedrückt wurde, daß die Unterhandlungen einen solchen negativen Verlauf genommen hätten, und die Kommission sich anschickte, den Raum zu verlassen, wurden die Herren Fabrikanten doch etwas unruhig, und auch der Fabrikant Nothher erklärte dann, daß seine Ausführungen vorher nicht so gemeint wären, daß wir sofort die Verhandlung abbrechen sollten. Nachdem auch jetzt erst die Fabrikanten erklärten, daß sie eventuell die übrigen Herren Fabrikanten heranrufen werden, etwas mehr Zugeständnisse zu machen, und in der Hauptsache etwas mehr Ellenbogenfreiheit zu erhalten, erklärte die Lohnkommission ihrerseits, daß sie der öffentlichen Versammlung dieses mitteilen werde und versprach auch, daß Resultat der öffentlichen Versammlung sofort nach Schluß derselben dem Herrn Nothher schriftlich mitzuteilen, um eventuell am 18. d. M. nochmals zu unterhandeln.

Nachdem Brudts diese seine Ausführungen, welche des öfteren von der Versammlung mit dem Zeichen der größten Mißbilligung über das Verhalten der Fabrikanten unterbrochen wurde, beendet hatte, mußte die Versammlung auf 5 Minuten vertagt werden, damit die Versammlung sich erst wieder beruhigen konnte.

In der dann folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner über das Verhalten der Prinzipale sehr mißbilligend aus und erklärten, daß die Fabrikanten nur verstanden, unsere Bewegung zu verschleppen, und immer wieder nur zu verhandeln, um eventuell am Weihnachtseilabend zum letztenmal zu verhandeln. Auch die wenigen Kollegen, die vorher nicht für eine Lohnbewegung waren, sprachen sich in demselben Sinne aus und bemerkten, daß sie eine derartige Antwort seitens der Prinzipale tatsächlich nicht erwartet hätten, und auch sie der Meinung sind, daß wir auf diese Antwort auch nur die eine Antwort geben könnten, am nächsten Morgen, den 12., die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Nach dieser Diskussion wurde dann auch einstimmig eine Resolution angenommen, welche besagte, daß die Versammlung in der Antwort der Herren Fabrikanten eine Verschleppungspolitik sehe und daß nur die einzig richtige Antwort hierauf die wäre, am nächsten Morgen, den 12., die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Diesem Beschluß ist auch vollständig nachgekommen worden. Bis auf 3 Arbeiterinnen, die in Arbeit blieben, stehen die Betriebe vollständig leer.

Berlin. Am 14. d. Mts. gab die Lohnkommission der Etuiarbeiter in einer Versammlung Bericht über den Stand der Bewegung. Nachdem die öffentliche Versammlung am 11. d. Mts. den Streit beschlossen, ist die Fabrikantenvereinigung noch am selben Abend davon in Kenntnis gesetzt worden. Die Lohnkommission hat in ihrem Schreiben nochmals betont, daß sie jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Die Verhandlungen, die die Fabrikanten am Mittwoch für den Freitag in Aussicht gestellt hatten, haben nicht stattgefunden. Dafür teilte uns die Vereinigung mit, daß sie eine Kommission gewählt habe, die einen Vertrag ausarbeiten werde; im ganzen werde es jedoch bei den bis jetzt gemachten Zugeständnissen bleiben. Die Beschlässe der Vereinigung müssen wohl aber die Zustimmung aller Mitglieder nicht gefunden haben. Schon am Tage nach der Versammlung der Fabrikanten verlangte die Firma Prießter & Sohn die Lohnkommission zu sprechen. Sie erkannte den von den Arbeitern aufgestellten Tarif mit einer unvorteilhaften Abänderung unterschrieben an. Auch bewilligte sie den Kartomagen-Arbeitern und -Arbeiterinnen, die aus Sympathie für die dort beschäftigten Etuiarbeiter die Arbeit mit niedergelegt hatten, die 5 1/2 stündige Arbeitszeit. Außerdem wurden allen Arbeitern und Arbeiterinnen der Kartomagenabteilung Lohnzulagen bewilligt. Das Personal der Firma beschloß in einer Versammlung am Sonnabend vormittag, diese Zugeständnisse anzunehmen und am Montag, den 16. d. Mts. die Arbeit wieder aufzunehmen. Da mit ist in die neugegründete Fabrikantenvereinigung, die nur deshalb ins Leben gerufen wurde, um den Forderungen der Arbeiter besser entgegenzutreten zu können, Verleugung gelegt worden. Es steht nunmehr zu erwarten, daß sich noch mehrere Fabrikanten in den nächsten Tagen dem Vorgehen genannter Firma anschließen werden. Die Fabrikanten, die sich bemühen, anderes Personal zu bekommen, was ihnen jedoch nicht glückt, versuchen nun durch allerhand Drohungen das Personal zur Rückkehr in die Betriebe zu bewegen. Da ein Teil desselben vierzehntägige Kündigungsfrist hatte, aber unbekümmert darum die Arbeit niederlegte, so wird ihm mit Klage gedroht. Wieder andere sind aufgefordert worden, ihre Papiere und ihr Handwerkszeug abzugeben, da sie entlassen seien. Alle diese Drohungen hatten bei ihrer Bekanntgabe in den Versammlungen große Heiterkeitserfolge, was beweist, daß die Stimmung unter den Streikenden eine gute ist und sie sich durch nichts beirren lassen, sondern unentwegt dem gesteckten Ziele zustreben.

Rathenow. Am 2. Oktober fand unsere Mitglieberversammlung mit einer sehr interessanten Tagesordnung statt. Leider waren noch nicht ganz die Hälfte der Mitglieder erschienen. Zuerst mußte eine Ersatzwahl für den ersten Bevollmächtigten Toppel vorgenommen werden, weil er mitten in seiner Amtsperiode sein Amt niederlegte. Es wurde Kollege Wung an seiner Statt gewählt, der versprach, alles anzuwenden, um die Zahlstelle zu heben. Durch diese Wahl machte sich die Wahl eines Revisors notwendig, als welcher Kollege Lufajewich gewählt wurde. Auch wurde Stellung genommen zu den Streitigkeiten im Zentralvorstand. Es zeigte sich aber hierfür kein großes Interesse. Angeführt wurde, daß durch derartige Reibereien das Wohl des Verbandes nicht gehoben werde und wurde dagegen energisch protestiert und gewünscht, daß in Zukunft derartige Streitigkeiten einer Kommission zur Schlichtung überwiesen werden sollen.

Zur Agitation im Winterhalbjahr führte Stübing aus, daß wir noch nahe an 500 Mitglieder am Orte haben und diese nur zu organisieren, muß unsere Aufgabe sein. Hierzu sollen Werkstüberversammlungen einberufen werden, zu dieser Aufgabe muß ein jeder Interesse haben und dazu beitragen, daß diese Versammlungen von den Interessierten besucht werden. Auch wurde die Abhaltung eines Stiftungsfestes beschlossen in Form eines Kommerces, der Mitte November stattfinden soll und zu dem auch die Nichtorganisierten eingeladen werden. Unsere Mitglieder seien schon hierauf hingewiesen, sich alle daran zu beteiligen.

Zum Schluß wurde den Anwesenden anheim gestellt, mehr Interesse für die Versammlungen zu zeigen und in diesen ihre Wünsche vorzutragen, und mit zu raten und zu tun zum Wohle der Kollegen. Auf in die Versammlungen und auf zur Agitation!

Luckenwalde. In unserer letzten Zahlstellenversammlung kam Kollege Otto Kühle auf die Streitigkeiten innerhalb des Verbandsvorstandes zu sprechen und sprach den Wunsch aus, daß die Zahlstellen gegen dieses häßliche Treiben protestieren möchten, damit die Herren an der Spitze erkennen, daß sie mit ihren persönlichen Reibereien überall nur ein Gefühl des Efels hervorrufen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe im Verbandsorgan zu veröffentlichen:

„Die Zahlstelle Luckenwalde protestiert ganz entschieden gegen die Art und Weise, wie sich Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Redaktion des Verbandsorgans gegeneinander verhalten. Die Zahlstelle kennzeichnet solch widerwärtiges Treiben, wie es zurzeit in Berlin vor sich geht, als direkt verbandsschädlich und fordert die Zahlstellen im Reich auf, durch allgemeinen Protest zu bekunden, daß die „Buchb.-Ztg.“ nicht dazu da ist, einzelnen pflichtvergessenen Herren zum Tummelplatz ihrer persönlichen, skandalösen Reibereien zu dienen, sondern die Interessen der Organisation und der Kollegenschaft zu vertreten.“

Magdeburg. Die am 14. d. Mts. stattgefundene gutbesuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den Streitigkeiten innerhalb des Verbandsvorstandes. Einleitend hierzu bemerkt Kollege Meier, daß es bisher nicht unsere Absicht gewesen sei, uns zu dieser Sache zu äußern. Da dieser Streit jedoch immer weitere Kreise umfasse, so sei es unsere Pflicht, daß wir unserer Meinung hierüber Ausdruck geben. Medner erläutert kurz die verschiedenen Einwendungen, welche auf diese Sache Bezug haben und seit 4 Jahre die Spalten unserer Zeitung füllen. Bemerkenswert sei, daß sogar Kollege Gauseisen, über welchen bisher nie etwas Nachteiliges verlautet ist, in diesen Streit hineingezogen sei. Er hält es für die Pflicht des Vorsitzenden, sein Möglichstes zu tun, um etwa sich entspinne Differenzen auf gütlichem Wege zu regeln, und nicht, wie es hier der Fall zu sein scheint, verschärfend einzugreifen. Zum Schluß seiner Ausführungen meint Medner, daß es unmöglich sei, zu beurteilen, wer die Schuld trage, aber wir müssen unserer Meinung dahin Ausdruck geben, daß derartige zu unterbleiben hat und vom Ausschuss fordern, daß er diese Angelegenheit in einem schnelleren Tempo wie bisher erledige. Säubert hält die Überlegung nach Berlin für einen Fehler. In den langen Jahren unter Dietrichs Leitung seien die Mitglieder nie durch derartige Reibereien der Zentralvorstandsmitglieder beunruhigt. Es sei Verstoß gegen das Verbandsinteresse, welches sich der Vorstand zu schulden kommen lasse. Er schlägt vor, in einer Resolution unsere Meinung kund zu tun. Herzberg und Sommer geben auf die Berliner Verhältnisse des näheren ein, hierin den hauptsächlichsten Grund dieser Streitigkeiten vermutend. Wir können uns das Anreibeberück nicht mehr länger gefallen lassen. Beide Medner schließen sich dem Vorschlage Säuberts an. Eine von Meier eingebrachte Resolution lautet folgendermaßen.

„Die Zahlstelle Magdeburg sieht in den Streitigkeiten der Zentralvorstandsmitglieder unter

sich eine schwere Schädigung des gesamten Verbandslebens. Diese macht sich bemerkbar in den Amtsniederlegungen der Berliner Vertrauensleute und der Mitglieder des Vorstandes. Sie bedauert ferner, daß der Ausschuss bisher nicht in der Lage war, entsprechende Maßregeln zu ergreifen, diese Differenzen beizulegen und nimmt nunmehr, nachdem die Mitglieder seit einem Vierteljahre fortwährend beunruhigt sind, das Recht für sich in Anspruch, zu verlangen, daß der Ausschuss in Kürze dafür sorgt, daß diese Angelegenheiten zur Zufriedenheit der gesamten Kollegenschaft erledigt werden.“

Hermann bemerkt u. a., daß in der bisherigen Debatte wenig zum Ausdruck gekommen sei, daß auch von Seiten Schmidts Fehler gemacht seien. Schäfer empfiehlt die Mostder Resolution zur Annahme, welche jedoch den angeführten Mednern nicht weit genug ist. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab einstimmige Annahme vorstehender Resolution. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgart. In der am 30. September stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt ein Genosse ein Referat über: „Ein wichtiges Problem der Gewerkschaftsorganisationen“. Von seinen Ausführungen seien einige Punkte hier festgehalten. Seit einiger Zeit wird in den Arbeiterversammlungen eine Frage diskutiert, welche nie so das Interesse innerhalb der Arbeiterschaft erfaßt hat, als wie gerade heute. Bei Besprechung dieser Materie, dem politischen Massenstreik, nahm der verfloßene Gewerkschaftstongreß zu Köln eine mehr verneinende Stellung ein und glaubten verschiedene Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsblätter, der sozialdemokratische Parteitag zu Jena werde sich dieser ihrer Haltung in dieser Frage anschließen, was aber bekannterweise nicht zutraf. Zu unteruchen sei jedoch, was verursacht das plötzliche Aufstehen dieser Frage. Wohl in keinem Lande sei ein solches Zusammenarbeiten der wirtschaftlichen und politischen Organisationen zu beobachten, als gerade in Deutschland. Wohl sind auch seit einigen Jahrzehnten, durch das Wirken der modernen Arbeiterorganisation, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unbedeutend besser geworden, aber dennoch stehe auch die unveränderliche Tatsache fest, daß diese materielle Besserstellung des Arbeiters ihn noch lange nicht in die Lage versetzt, ein Leben zu führen, das dem heutigen Kulturzustande entspricht. Aus der schärferen Betonung dieser Frage sei ersichtlich, daß viele Arbeiter der Meinung huldigen, daß der Klassenkampf im letzten Jahrzehnt nicht geführt worden sei, wie es im Interesse des Proletariats hätte wohl sein sollen. Es geht das allgemeine Verlangen nach einem neuen Kampfmittel, welches das Endziel des Proletariats in etwas näheres Licht rückt. Aber die bei uns bestehenden Verhältnisse seien nicht mit denen anderer Länder zu vergleichen. In einer für die Gewerkschaften verblühenden Art sei auf dem Jenaer Parteitag diese Frage energisch propagiert worden. Es sei vielfach eine vollständige Verkenntnis dieser Frage bei einigen Genossen zu beobachten, denn, wenn dort in Jena gesagt wurde, daß bei einem eventuellen Massenstreik alle in Betracht kommenden Faktoren auf dem Platze seien, müsse man doch dem entgegenhalten, daß es in 16 Jahren nicht möglich war, die Arbeiterklasse nur an einem Tage — am 1. Mai — vollständig die Arbeitsruhe zu erwirken. In der Kritik auf das Buch der holländischen Genossin Noland-Solst übergehend, bemerkt Medner, dieses wegen der darin enthaltene Widersprüche als einwandfrei nicht bezeichnen zu können. Denn es sei eine Illusion, zu glauben, der politische Massenstreik bewege sich in den Rahmen der bis jetzt gewesenen Streiks; selbst Webel und der Parteitag wiesen darauf hin, daß mit einer aus dem politischen Massenstreik möglicherweise sich ergebenden Revolution gerechnet werden darf, denn die kleinste Provokation könne das zur Folge haben, und wohl werden in dem Augenblicke die westeuropäischen Staaten, wo ihre Einfluss, die bürgerliche Stellung, in Gefahr sei, sich gegenüber der Ansicht der Genossin Noland-Solst nicht scheuen, Arbeiterblut zu vergießen, denn er glaube nicht, daß es nur in Rußland einen 22. Januar geben könne. Aus der jahrelangen Propagierung des politischen Massenstreiks geht eventuell der sog. Generalkrieg hervor, denn die Masse läßt sich, wenn dieselbe mit diesen Ideen hypnotisiert ist, von nichts zurückhalten, wie ja der Bergarbeiterstreik lehrt. Reicher Weisfall lobte dem Medner für seine trefflichen Ausführungen.

An den Vortrag knüpfte sich eine lebhaft Diskussion, welche wohl in einer der nächsten Versammlungen ihre Fortsetzung finden dürfte.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erklärt Jren, daß der bisherige Schriftführer Mügener zum Heresdienst einberufen sei. Es erklärt sich, nachdem es fast unmöglich schien, den vakanten Posten für diesen Abend besetzen zu können, der Kollege Schröder bereit, für das kommende Quartal diese Funktion zu übernehmen. Die Wahl eines Mitgliedes zur Tarifkommission

wurde auf nächste Versammlung verlegt. Nachdem Mügener an die Anwesenden Worte des Abschieds gerichtet und Jren im Namen der Zahlstelle darauf erwidert hatte, fand die Versammlung ihr Ende.

Dresden. Die für uns wichtige Versammlung, in welcher die Wahl eines Lokalbeamten vorgenommen werden sollte, fand Sonnabend, den 14. Oktober, statt. Verändertes Sachlage wegen wurde der zweite Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Lokalbeamten, zuerst vorgenommen. Wie bekannt, hatten wir beschloffen, einen Lokalbeamten anzustellen, und dazu um finanzielle Beihilfe beim Verbandsvorstand nachgesucht, welche auch zugesagt, vom Ausschuss dagegen abgelehnt wurde. Der Vorsitzende K. Kahl brachte das Schreiben des Ausschusses zur Verlesung, worin uns der Vorwurf gemacht wird, übereilt vorgegangen zu sein. Unsere Gründe hätten keine Berechtigung, auch würden dann andere Zahlstellen mit denselben Anliegen kommen, außerdem hätten wir ja schon einen Vorteil durch die Anstellung eines Gauleiters. Unser Ersuchen um persönliche Rücksprache beim Ausschuss in Leipzig wurde von denselben als zwecklos abgewiesen. Auf ein weiteres Ersuchen unsererseits an den Verbandsvorstand, uns bis zu dieser Versammlung die Zustellung von außergewöhnlichen Agitationszuschüssen zu genehmen bezw. zu antworten, war ohne Antwort geblieben. Der Vorsitzende Kahl erklärte nun, daß wir uns nun entscheiden müßten, entweder die Kosten auf unsere Lokalkasse zu übernehmen oder auf die Anstellung zu verzichten. Er befragte, warum die Anstellung als das kleinere Übel, begünstigt nochmals überzeugend die Notwendigkeit der Anstellung eines Beamten für Dresden, und versichert, daß der Vorstand nach eingehenden Berechnungen es für möglich hält, die Kosten aus unseren eigenen Mitteln zu decken. Weinecke hält die Anstellung eines Lokalbeamten für dringend geboten, da wir unsere große Streikscheuld so schnell getilgt hätten, würden wir auch damit fertig werden, die Kontrolle und Erziehung der Mitglieder müsse unbedingt eine bessere werden. Auch Kiebert hält die Anstellung für unbedingt geboten. Wir müßten eben unsere lokalen Gelder dazu verwenden, um bei einer nächsten Lohnbewegung besser gerüstet zu sein. Man könne nicht fortwährend verlangen, daß die Kollegen nach Feierabend die Verwaltungs- und Kassengeschäfte erledigen. Später würde der Ausschuss gewiß die Notwendigkeit einsehen und uns die Unterstützung nicht verweigern. Wienhold meint, was wir jetzt vorhaben, führt zur Erhöhung der Beiträge. Er ist wohl im Prinzip für Anstellung, aber nur, wenn die Verbandskasse eine Beihilfe gewährt. Wir sollten noch ein Jahr warten, um zu sehen, wie sich das Vertrauensmännersystem bewährt, er schiebt auch einen großen Teil Schuld an den jetzigen Verhältnissen der beim letzten Streik tätigen Lohnkommission zu. Kahl erklärt, von Erhöhung der Beiträge könne keine Rede sein, höchstens könnten wir keinen Lokalfonds ansammeln. Hätten wir gleich nach dem Streik die Anstellung vorgenommen, wären uns die neugewonnenen Mitglieder nicht verloren gegangen. Dresden habe eine große Menge Berufungsangehörige; wir dürften kein Opfer scheuen. Kleine Gewerkschaften hätten mit der Anstellung eines Beamten gute Erfolge erzielt, wir wären nun in dem Stadium, wo es so nicht mehr weiter gehen könne, sonst wäre das Endresultat ein gänzliches Zurückgehen unserer Zahlstelle, und wir dem Unternehmertum gegenüber gänzlich machtlos. Weinecke wendet sich gegen Wienhold, wenn wir gleich einen Beamten gehabt hätten, wäre es beim Streik in Mügeln nicht so weit gekommen. Unseren Mitgliedern muß gelernt werden, daß wir keine Unterstützungs-, sondern eine Kampfsorganisation sind. Dresden hätte überhaupt bisher gegen andere Zahlstellen wenig Unterstützung erhalten. Nothe ist der gute Besuch der Versammlung, ein Beweis für das Interesse der Mitglieder. Auch er hält die Gründe des Ausschusses nicht für stichhaltig, es sei an der Zeit, daß etwas geschehe. Der Verbandsvorstand werde später einsehen, daß wir richtig gehandelt haben. Ein eingegangener Antrag, mit der Anstellung noch ein Jahr zu warten, wurde von der Versammlung abgelehnt. Klein ist frappiert über das Benehmen des Ausschusses, er spricht dem Ausschuss die Befähigung zur Beurteilung der Sachlage ab. Die Meinung des Ausschusses betr. des Gauleiters sei unrichtig, er könne ebenso gut in Leipzig wohnen, er nütze uns hier nichts. Ebenso habe der Verbandsvorstand keine Berechtigung, uns Voreiligkeit vorzuerwerfen, es sei alles wohl erwogen. Die Ausgabe für noch etwaige weitere Beihilfe für Lokalbeamte in anderen Orten, würde etwa 3-4000 Mk. pro Jahr betragen, dies könnte die Verbandskasse wohl tragen, und würde durch organisatorische Erfolge aufgewogen. Dehnigen spricht gegen Wienholds Ausführungen. Der Lohnkommission sei der letzte Streik über den Kopf gewachsen, viele neugewonnene Mitglieder seien posthum geworden durch das Vorgehen des Verbandsvorstandes, nach dem Streik sei die Arbeit nicht zu bewältigen gewesen. Weinecke hält das Vertrauensmännersystem für ungenügend und tadelt das Vorgehen des Ausschusses in dieser Angelegenheit. Hefel befragt durch An-

stellung eines Beamten Erhöhung der Beiträge. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt; es solle sich jeder aussprechen. Wenn bezweifelt die Erfolgschance durch Anstellung eines Beamten. Die Kosten würden wohl die Erfolge nicht aufwiegen. Ein solche würde auch durch Verwaltungsgerichte derart in Anspruch genommen sein, daß ihm zur Agitation keine Zeit übrig bleibt. Ein Antrag, den Gehalt des Beamten probeweise 1 Jahr auf 1600 Mk. festzusetzen, wird von Zettel befürwortet, von Wienhold zurückgewiesen. Bergmann spricht gegen den Ausschuß und bedauert dessen Kurzsichtigkeit, sein Standpunkt zu dieser Angelegenheit sei ein trauriger und er fürchte gewiß die Verantwortung vor dem nächsten Verbandstag. Wahrscheinlich habe der Ausschuß keine Zeit für solche wichtigen Anträge, er habe zu viel Arbeit mit Beilegung persönlicher Streitigkeiten. Der Gauleiter habe für uns nicht den Wert, den ihm der Ausschuß beimißt. Die letzte Bewegung habe gezeigt, daß die Masse viel besser bearbeitet worden wäre, wenn wir einen Beamten gehabt hätten. Die Erledigung unserer Geschäfte würde eine viel glattere werden, es sollten nur mehr außerordentliche Beiträge zur Agitation gefordert werden. Kohl führt aus, bei mehr als 400 Mitgliedern sei die glatte Erledigung der Geschäfte nicht mehr möglich, das habe die Erfahrung gezeigt, die besonderen Verhältnisse in Dresden machen einen Beamten nötig.

Ein eingegangener Antrag, trotz der Abschnung des Verbandsvorstandes zur Weisheit, vorläufig aus eigenen Mitteln einen Beamten anzustellen, wird angenommen, dagegen der Antrag, den Gehalt vorläufig auf 1600 Mk. festzusetzen, abgelehnt.

Werner gibt bekannt, daß 5 Bewerbungen eingegangen sind, einer jedoch als von auswärts nicht in Frage kommt, einer habe seine Bewerbung wieder zurückgezogen. Nach reiflicher Ueberlegung hat die Prüfungskommission beschloffen, nur zwei, die Kollegen C. Kohl und S. Lange, als Kandidaten vorzuschlagen. Bergmann wünscht den dritten Bewerber zu nennen und mit zur Wahl zu stellen, worüber sich eine ziemlich erregte Debatte ergibt, in welcher die Prüfungskommission ihren Standpunkt rechtfertigt. Ein Antrag, den dritten, es war Kollege Legler, zur Bewerbung mit zuzulassen, wird angenommen, ferner ein weiterer Antrag, die Anstellung des Beamten wegen der Lokaleinrichtung erst am 1. Januar 1906 zu vollziehen. Ferner wird ein Antrag der Prüfungskommission, über die Person der Kandidaten in die Debatte einzutreten, einstimmig abgelehnt. Die Wahl ergab für Lange 68, für Kohl 48, für Legler 20 Stimmen, 4 ungültig. Demnach Stichwahl zwischen den beiden ersten, wonach Lange mit 74 gegen Kohl mit 62 Stimmen gewählt ist. Das Resultat der Wahl wurde mit Beifall angenommen. Kollege Lange verspricht, seine ganze Person und sein ganzes Wollen und Können darauf zu richten, zum Wohle und zur erfreulichen Entwicklung unserer Zahlstelle sein Amt zu verwalten. Darauf Schluß der von gutem Geiste getragenen Versammlung.

Solingen-Wald. Da unsere Kollegen in mehreren Städten dazu übergehen, ihre traurige Lage zu verbessern, haben auch die Buchbinder und verwandten Berufsgenossen in Solingen-Wald sich entschlossen, ebenfalls ihre Lage zu verbessern. Schon vor zirka 3 Monaten wurde eine Lohnkommission gewählt, die die nötigen Vorarbeiten zu verrichten hatte. Dieselbe hat denn auch eine genaue Statistik über die Berufs- sowie Lohnverhältnisse aufgenommen. (Dieselbe werden wir in einem späteren Artikel besonders behandeln.) Nachdem die nötigen Vorarbeiten erledigt, fand eine öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien und Kartonnagefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Dieselbe war gut, sowie auch von mehreren Mädchen besucht. Der Referent Grönhoff sprach über das Thema: „Wie können wir unsere Lage verbessern“. Der Referent betonte, daß es schon 5 Jahre her sind, wo die Kollegen es so weit gebracht hätten, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Trotzdem die Wohnungsmiete teurer und die Lebensmittel in diesen 5 Jahren bedeutend gestiegen wären, sind die Löhne beinahe dieselben geblieben. Wir stehen heute vor der Alternative, unsere Forderungen durchzudrücken, wenn wir stark genug sind. Es gibt noch manche Unorganisierte, die wohl bereit sind, die Vorteile, die der Verband erzieht, mitzugenießen; beschämend wäre es aber von diesen Unorganisierten, daß sie sich von den anderen Kollegen, womit sie jahrelang zusammen gearbeitet haben, die Kastanien aus dem Feuer holen lassen. Darum wäre es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, dem Verbande beizutreten, da nur Organisierte bei einer eventuellen Lohnbewegung unterstützt werden. Der Referent forderte die Anwesenden auf, für die „Arbeiterstimme“ zu agitieren, da unsere Presse die beste Waffe in einem Lohnkampfe sei. Zunächst ergriff von der Lohnkommission Kollege Bruns das Wort. Redner betonte, daß die Lohnkommission schon wochenlang die Vorarbeiten erledigt und nach reiflicher Ueberlegung und Anfragen bei den Kolleginnen und Kollegen folgende Forderungen aufgestellt habe:

Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2 Stunden, resp. 57 Stunden pro Woche exkl. Pausen. Der Minimallohn beträgt für Gehülfen im 1. Jahr nach vollendeter Lehrzeit 18 Mk., im 2. Jahr 20 Mk., im 3. Jahr 23 Mk., im 4. Jahr 25 Mk. Veltäre Gehülfen sowie Spezialarbeiter müssen nach Vereinbarung höher entlohnt werden. Für ungelernete Arbeiter, wie z. B. Streichriemenarbeiter usw., beträgt der Minimallohn für Arbeiter von 17 Jahren 15 Mk., von 17—19 Jahren 17 Mk., bis 20 Jahren 19 Mk., bis 22 Jahren 21 Mk. und über 22 Jahren 23 Mk. Alle Arbeiter, welche den Minimallohn schon verdienen, erhalten eine Lohnzulage von 10 Proz. Affordarbeiten müssen nach dem Deutschen Buchbindertarif bezahlt werden. Für ungelernete Arbeiterinnen beträgt der Mindestlohn im ersten Halbjahr 6 Mk., im zweiten Halbjahr 7,50 Mk., im dritten Jahr 9 Mk., im dritten Jahr 11 Mk., im vierten Jahr 13 Mk. Affordarbeiten müssen nach dem Deutschen Buchbindertarif bezahlt werden. Alle Arbeiterinnen, welche den Minimallohn schon haben, erhalten eine Lohnzulage von 10 Proz. Ueberstunden werden für männliche Arbeiter bis 9 Uhr mit 25 Proz., nach 9 Uhr mit 33 1/2 Proz., nach 12 Uhr und Sonntagarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Für Arbeiterinnen gibt es für die erste Stunde 5 Pf., für die zweite Stunde 8 Pf. und für die dritte Stunde 10 Pf. Lohnzuschlag. Für Sonntagarbeit sowie Ueberarbeit an den Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen gibt es pro Stunde 15 Pf. Extrazuschlag. Bei einer zweistündigen Ueberzeitarbeit ist eine Pause von 1/4 Stunde zu gewähren. Bei vier Stunden Ueberzeitarbeit ist eine Pause von 1/2 Stunde zu gewähren. Bei ein- und einundeinhalbstündiger Ueberzeitarbeit gibt es keine Pause. Bezahlung der gesetzlichen sowie aller vom Geschäft angelegten Feiertage. Regelung des Lehrlingswesens. Bis zu drei beschäftigten Gehülfen darf ein Lehrling gehalten werden; auf je weitere vier Gehülfen darf ein weiterer Lehrling gehalten werden. Die Lohnzahlungen sollen sämtlich am Freitag vorgekommen werden und müssen vor Arbeitschluß geschehen. Dieser Tarif soll vom 1. November 1905 bis 1. November 1908 Gültigkeit haben. Eine Kündigung muß ein Vierteljahr vor Ablauf dieser Zeit erfolgen. Findet keine Kündigung statt, so hat der Tarif jedesmal für ein weiteres Jahr Gültigkeit. Nachdem die Forderungen verlesen und begründet, forderte der Redner die Anwesenden auf, sich zahlreich an der Diskussion zu beteiligen, damit man eine Ueberlicht bekäme, ob die Arbeiterschaft für eine Lohnbewegung zu haben sei. Nachdem mehrere Redner das Wort genommen und einige den Wunsch ausgesprochen, die Forderungen zu erhöhen, wurden die Vorschläge der Lohnkommission mit einigen kleinen redaktionellen Änderungen angenommen. Ferner wurde mit übergroßer Majorität beschlossen, die Forderungen in den nächsten Tagen den Arbeitgebern zu unterbreiten, damit man bis zum 21. Oktober eine Antwort habe. Ferner soll am Montag, den 16. Oktober, eine Mitgliederversammlung stattfinden, damit die nötigen Vorarbeiten noch erledigt werden und den Unorganisierten Gelegenheit gegeben ist, dem Verbande beizutreten. Für Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, ist ebenfalls bei Monhof eine öffentliche Versammlung geplant, in der die Antwort der Arbeitgeber und die weitere Stellungnahme zur Sprache kommt. Nachdem Kollege Grönhoff die Kollegen und Kolleginnen aufforderte, stets für den Verband zu agitieren, und die Unorganisierten aufforderte, dem Verbande beizutreten, damit wir ein geschlossenes Ganzes bilden, wünschte er der Zahlstelle einen guten Erfolg und sprach die Hoffnung aus, daß wir diese Lohnbewegung ebenfalls auf friedlichem Wege, wie die erste vor 5 Jahren, durchführen werden. Kollegen! An Euch liegt es nun, Eure Lage zu verbessern. Die Forderungen sind minimal, so daß sie jeder Arbeitgeber bewilligen kann. Wenn jeder Organisierte seinen unorganisierten Mitarbeiter auf die Vorteile aufmerksam macht, die ihm unsere Lohnbewegung einbringt und dafür sorgt, daß die Arbeitgeber ihre Arbeiter einig finden, die bereit sind, für diese Forderungen einzutreten, so muß der Sieg unser sein. Unsere Hauptarbeit muß ferner sein, die Arbeiterinnen für uns zu gewinnen, damit keine zum Streikbrecher wird.

Kollegen! agitiert für die am Sonntag, nachm. 4 Uhr, bei Monhof stattfindende Versammlung. Keiner darf fehlen. Zugang nach Solingen und Wald ist bis auf weiteres streng fern zu halten.

An die Kollegenschaft Leipzigs!

Trotzdem der Geschäftsgang kein guter genannt werden kann, rückt doch langsam die Zeit heran, wo in manchen Geschäften die Notwendigkeit vorliegt, Ueberstunden zu machen zu lassen. Wenn auch in diesem Jahre bis jetzt die Anzahl derjenigen Betriebe, die Ueberstunden machen lassen, eine

beschränkte ist, kann dennoch die unterzeichnete Kommission nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß die in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen genau die Bestimmungen des Tarifs, Ueberstunden betreffend, auf das strengste innehalten und irgendwelche Durchbrechung auf das schärfste zurückweisen oder sofort im Bureau melden müssen, damit unverzüglich geeignete Schritte um Abstellung unternommen werden können.

Im weiteren sei auch darauf hingewiesen, daß für beide Teile — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — die Verpflichtung besteht, den folgenden Passus einer genaueren Beachtung und Einhaltung zu unterziehen: „Regelmäßige Ueberstunden sind sämtlich zu vermeiden; wenn solche nicht zu umgehen sind, ist das Personal unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, Ueberstunden zu leisten.“

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, besonders auf dieses hinzuweisen, weil uns bekannt ist, daß Arbeiter und Arbeiterinnen auch Sonntags arbeiten, obwohl dazu Erlaubnis nicht vorhanden ist. Jeder Kollege und jede Kollegin mühte sich sagen, daß es wohl genug damit sei, an den Abenden Ueberstunden geleistet zu haben, weshalb sie im Interesse unserer zahlreichen arbeitslosen Kollegen danach trachten müssen, Sonntags überhaupt nicht zu arbeiten. Mögen die betreffenden Geschäfte genügend Arbeiter einstellen oder, wenn kein Platz vorhanden ist, Arbeit an andere Buchbindereien, in denen noch ausgefegt wird, vergeben. Es ist dieses Ersuchen keine Neuerung, sondern wird von manchem Buchbindereibesitzer bereits durchgeführt.

Indem wir alle ersuchen, in diesem Sinne mit uns zu arbeiten, zeichnet
Die Tarifkommission.
J. A.: Waltherr.

Abrechnungen.

Vom 8. Quartal 1905 sind bis zum 17. Oktober bei der Verbandskasse eingegangen:
Adershof 46,90, Braunschweig 150,—, Dessau —, Düsseldorf 305,25, Eisenach 25,—, Jaltafstein 82,02, Götting 198,90, Kassel 216,15, Lehr i. W. 957,02, Nürnberg —, Rathenow 200,—, Regensburg 141,70, Schwerin 60,—, Stettin 100,—, Weimar 46,50 und vom Gau XII 178,99 Mk. E. Hauelsen.

Adressenänderungen.

Vertliche Bevollmächtigte.

- Mey:** M. Werner, Sablon b. Weh, Rosenstraße.
- Strasbourg:** R. Bendt, Käfergasse 14 II.
- Berlin:** Alfred Hanke, Engel-Platz 15 II, Zimmer 21. — Walter Sieber, Rippnerstr. 24, übernimmt gegen Einzahlung des Portos den Versand der „Buchb.-Ztg.“
- Lehr i. W.:** E. H. Bohrer, Nügelgasse 15.
- Königsberg i. Pr.:** A. Neumann, Nikolaisfr. 5, Gartenhaus II r.
- Grünstadt i. Pf.:** S. Hülsbusch, Altgasse 37.
- Rathenow:** P. Wurch, Forstfr. 53 II.
- Bromberg:** M. Schneider, Scheinigerstr. 23, S. I.
- Bremen:** E. Drögemüller, Kreuzstr. 65 a.
- Mainz:** A. Schmof, Grabenstr. 3 II.

Unterstützungs-Auszahler.

- Weimar:** Z. Tandorfs Restaurant, Kleine Kirchgasse, v. 6—7 Uhr. L.-II.
- Brieg:** Z. S. Weiß, Briegschdorferstr. 10.
- Kassel:** Z. A. E. Heine, Holländischestraße 42 prt. Hochentags zu jeder Tageszeit, Sonntags v. 11 bis 2 Uhr. M.-L. 20 Mk. H. bei Damm, Graben 60. L.-II.
- Lützenwalde:** P. Lehmann, Potsdamerstr. 39, v. 12—1 u. 7 1/2—8 1/2 Uhr.
- Bromberg:** A. Brandhoff, Riefauerstr. 6 II.
- Düren i. Rhld.:** M. Ervius, Mämergasse 28, von 12—1 u. 7 1/4—8 Uhr, Sonntags v. 10—11 Uhr. M.-L. 21 Mk.
- Braunschweig:** P. Küster, Königstiege 9 II.

Briefkasten.

D. B. in St. Louis. Kommt mit bestem Dank zum Ausdruck. — J. F. in St. Bericht über die Kartonnagearbeiterversammlung bis Mittwoch früh hier noch nicht eingegangen. — F. K. in B. Das kann kein Grund sein, die Werkstube zu sperren, wenn der Maschinenmeister als Vertreter des Chefs gilt, steht ihm das Recht zu. — B. B. in B. MS die Zeitung am Mittwoch gedruckt wurde und damit also auch das Inserat, konnte ich nicht wissen, daß die Stuarbeiter am Donnerstag die Arbeit niederlegen werden; das „große Fremden“ war also wieder recht unüberlegt angeben. — B. D. in B. Die Mitgliederzahl betrug laut Berichtskarte am Schluß des 3. Quartals 105; deshalb die Reduzierung der Zeitungsendung.

Zurückgestellt: Eingekandt aus Lützenwalde, Berichte aus Kempten, Apolda und Jena.

Eingefandt.

Stuttgart. Ein Eldorado für Buchbinder scheint die Papierwarenfabrik von **Heß & Fischer, Kirchheim u. T.**, zu sein. Bei zehnstündiger Arbeitszeit kann es ein Buchbinder auf 2,70 Mk. Tagelohn, ein Presser auf 20 Mk. Wochenlohn bringen. In einer Schnellpresse steht ein Tagelöhner, der täglich 1,80 Mk.

erhält und dafür 14 000 Drücke zu liefern hat, anderenfalls ihm vom Lohn abgezogen wird. Daß unter solchen Umständen die Firma öfter in die Lage kommt, Gehülfen zu suchen, ist erklärlich. Leider sind nicht die geringsten Anlässe zu einer Organisation vorhanden. Das Personal rekrutiert sich meistens aus der bäuerlichen Bevölkerung der Umgebung Kirchheims, die sich alles bieten läßt. Bedauerlich ist je-

doch, daß Buchbinder, die dort beschäftigt sind, wohl die Hilfskräfte anlernen, jedoch verjäumen, der Organisation beizutreten und so durch Aufklärung der dort Beschäftigten im Verein mit diesen ihre traurige Lage zu verbessern suchen. Selbst der Kartonnagenmeister bekommt täglich nur 2,70 Mk.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Dresden.
Sonnabend, den 28. Oktober 1905, abends 9 Uhr im Restaur. „Zum Senefelder“, Kaulbachstraße 16

Vierteljährige Hauptversammlung
Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
679] [4,20 Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Fürth i. B.
Sonnabend, den 28. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr bei Zick

General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch wünscht
Die Verwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.
Montag, den 30. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr im Restaurant Pantheon

Haupt-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Am 11. September starb unser Mitglied
Emil Robert Wagner
aus Niederlangwitz, 28 Jahre alt.
Ortsverwaltung Leipzig.

Zahlstelle Stuttgart.
Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags von 4 Uhr ab treffen sich die Mitglieder der Zahlstelle und des Buchbinder-Männerchors bei „Wied“, Paulinenstraße 60 zu zwangloser Unterhaltung.
Der Vorstand.

Frankfurt a. M.
Sonntag den 5. November 1905
im großen Saale des
Gewerkschaftshauses,
Schwimmbad 8-10 und Stolze-
Straße 13-15, I. Stock

19. Stiftungs-Fest
Bestehend in
Konzert, Theater,
komischen Vorträgen und Tanz.
Unter gefälliger Mitwirkung der
Sängervereinigung „Westend“.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 25 Pf.
Um recht zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nebst ihren werten Angehörigen, sowie der Mitglieder des Gaus ersucht
Der Vorstand.
NB. Karten sind bei allen Werkstuben- und Hausstärkern zu haben. 680] [4,-

Wohltätigkeits-Konzert

der
Witwen-Unterstützungs-Kasse
für Buchbinder usw. zu Leipzig

Sonnabend, den 21. Oktober 1905, abends 8 Uhr in den Sälen des
„Buchhändlerhauses“.

Mitwirkende:
Doppelquartett des Leipziger Lehrergesangsvereins.
Kapelle Leipziger Tonkünstler-Orchester (Günther-Coblenz).
Einer zahlreichen Beteiligung entgegengehend 681] [3,-
Der Vorstand.

Unserem werten Kollegen und früheren Vorstand
Herrn Johann Krätz
mit **Fräulein Marie Heimpel**
zur stattgefundenen Vermählung unsere herzlichsten Glückwünsche.
682] [1,40 Zahlstelle Augsburg.

Unserem lieben Kollegen „Lungenwitsch“
Edmund Scholtz zu seiner Abreise nach Greiz ein „herzliches Lebewohl.“ Die org. Kollg. Selbstmordklub, Verburg. Kammer. Jacq. Popp. Trebs. (Kamel. Müller. Stad. Kl. Cobn.) Papp Heil.
Unserem lieben Kollegen
Richard Heinecke
bei seinem Eintritt zum Militär ein herzlichliches Lebewohl!
684] [1,20 Zahlstelle Lüdenscheid.

Buchbinderei mit Papierwarenhandlung
in Angermünde; seit 1888 v. jetzigen Inhaber geführt soll, da sich dieselbe zurzeit in Konkurs befindet, sof. freihändig verkauft werden. Näh. durch **Erich Schmah, Konkursverwalter Angermünde**

Sichere Existenz!
Gut eingerichtetes Buch-, Schreib-, Galanterie- und Spielwaren-Geschäft, in bester Lage Leipzigs, krankheitshalber sofort für 5000 Mk. zu verkaufen. Gesf. Offerten unter Chiffre **N. N. 700** an 686] die Expedition dieses Blattes. [3,-
Dringender Verhältnisse halber
Beabsichtige ich meine gutgeh. Buchbinderei nebst Papier- u. Galanteriewaren-Geschäft im Berliner Vorort schnell zu verkaufen. Bester Preis 3500 Mk. Sichere Existenz. Off. u. 687] **G. I. 100** a. d. Exp. d. Bl. [1,60

Geübte Drahthefterin
sucht für dauernd
C. H. Schwabe
Buchbinderei, Stuttgart.

Berlin.
Sonntag, den 29. Oktober 1905, vormittags 10 1/2 Uhr
Ordentliche General-Versammlung
in der **Berliner Ressource**, Kommandantenstr. 57
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Abrechnung von der **Urania-Vorstellung.**
3. **Erfasswahlen:** a) Zum Verbands-Vorstand; b) Gau-Vorstand; c) Rechtsschutzkommission.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
689] [6,80 Die Ortsverwaltung.

Gebrauchte Papierschneidemaschine
von **111/120** cm Schnittlänge wird zu kaufen gesucht. Offerte mit Beschreibung erbittet
690] [1,50
M. Kappus, Offenbach a. Main.

Kartonnagen-Werkmeister = Zusneider und Arbeiter
erhalten Stellen nachgewiesen
durch die **Kartonnagen-Zeitung, Dresden-A., Reichstr. 30**, wohin Stellenfuchende ihre genaue Adresse einfinden wollen.

Gesucht erster Etuitischler,
welcher imstande ist, die Aufsicht zu führen. Derselbe muß gut polieren können und auch mit anderen Arbeiten, vor allem mit Besteckstücken, vertraut sein. [2,40
Carl Ludwig, Hamburg,
Kl. Bäckerstr. 20.

Pressvergoldungen
693] aller Art, [0,90 in Sortiment und Partie, liefert geschmackvoll und sauber zu billigst. Preisen
Max Löwe,
Pressvergoldanstalt,
Stuttgart,
Hauptstätterstraße 58 A.
Einsendungen für die Zeitung sollen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag Abend Berücksichtigung finden.

Buchbinder finden d. meinen Kostenfreien Arbeitsnachweis billig und schnell passende Stellen:

billiger
als durch die Fachzeitungen, weil vollständig kostenfrei;
schneller
weil ja die Fachzeitungen nur aller 8-14 Tage erscheinen.
O. Th. Winckler, Leipzig
Seeburgstr. 47
Papier- und Lederwaren Buchbindereibea.f
Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu günstigen Bedingungen

Wünschen Sie einen gewissenhaften Unterricht, so wenden Sie sich an die:
Geraer Fachschule für Buchbinder
von **Hans Bauer, Gera-St.** Früher langjähriger Leiter u. I. Lehrer der Horn & Papeltischen Berggoldeschele i. Gera.
Während meiner 20jähr. Lehrtätigkeit ca. 1100 Schüler persönlich ausgebildet. Prospekt kostenlos, welsch. all. Nähere enth. — Eintritt jederzeit. — Gute Erfolge. —

Formaline
ist die neue Konservierungsmittel, mit welchem der Caragheens-Moos-Grund f. 60 Tage lang brauchbar hält.
1 Lit. 2.50 Mk. reicht hin, um 400 Lit. Grund zu konservieren. 696] [2,40
Prospekte gratis.
P. Szigrist, Marmorlerlehrer, Leipzig, Thalstr. 1.

Die Tätigkeit der Tarifkommission in Leipzig.

Wiederum hat die Kommission ein Jahr gewerklicher Arbeit hinter sich. Obwohl zwischen den Prinzipalen und Gehülfen die strengste Durchführung des Tarifes vereinbart wurde, wird nur zu oft von den Prinzipalen der Versuch gemacht, den Tarif zu durchbrechen und ihm zugunsten der Prinzipale eine einseitige Auslegung zu geben. Das beweisen auch die fortgesetzten Befragungen unserer Mitglieder auf dem Bureau. Trotzdem ist die Kommission der Meinung, daß sie von den groben Verstößen gegen den Tarif zu wenig, in den meisten Fällen gar nicht unterrichtet wird, oder sie erhält erst dann Kenntnis davon, wenn der betreffende Kollege oder die Kollegin die Werkstatt längst verlassen hat, oder die durchgeführten Tarifdurchbrechungen schon so veraltet sind, daß der Kommission jede Möglichkeit genommen ist, irgend welchen Schiedsspruch herbeizuführen zu können. Kommt es doch öfters vor, daß Kollegen, wenn sie nach Arbeit in den Werkstätten nachfragen, dem Prinzipal oder dessen Werkführer von Tarifdurchbrechungen in anderen Werkstätten in entstellender Weise unterrichten, und wie derartige Fälle dann von den Werkführern ausgeschaltet werden, davon wird mander Kollege ein Lied singen können. Soll der geschaffene und beiderseitig anerkannte Tarif für die Kollegenschaft nicht bloß ein wertloses Stück bedrucktes Papier sein, so müssen derartige Zustände aufgehoben und Tarifdurchbrüche unverzüglich der Kommission mitgeteilt werden. Die gesamte Kollegenschaft ist verpflichtet, sich darin gegenseitig zu kontrollieren, und können irgendwelche Umgehungen vor und der betreffende Arbeiter oder die Arbeiterin hat nicht den gehörigen Mut dem Unternehmer so entgegen zu treten wie man es verlangen muß, oder macht derselbe der Kommission keine Mitteilung darüber, so sind die betreffenden Nebenkollegen verpflichtet, diese Veräumnis nachzuholen, damit der Kommission Gelegenheit gegeben wird, frühzeitig eingzugreifen und für Abstellung irgend welcher Mißstände sorgen zu können. Würde jeder einzelne in der Zukunft in dieser Weise verfahren, dann wird auch der Tarif das sein, was er eigentlich sein soll, nämlich eine segensreiche Einrichtung für den gesamten Beruf.

Im vorliegenden Bericht soll unseren Mitgliedern Gelegenheit geboten sein, prüfen zu können, ob die Kommission die ihr übertragenen Arbeiten zur Zufriedenheit erledigt hat. Die Kommission ist sich wohl bewußt, daß im verflossenen Jahr viel mehr erzielt werden konnte, und sie kann auch deshalb mit den wenigen Erfolgen durchaus nicht zufrieden sein, muß sich aber, da ihr zu wenig Material zur Verfügung stand, damit abzufinden suchen.

Die Tätigkeit der Kommission erstreckt sich auf die Zeit vom 28. August 1904 bis 30. September 1905. Es fanden statt, außer den üblichen Vertrauensmännerversammlungen, 31 Kommissionsitzungen, ferner war die Kommission an 21 Werkstättenversammlungen beteiligt. Schiedsgerichtssitzungen fanden drei statt und waren hieran die Firmen Köllner und Enders beteiligt; bei letzterer Firma fiel der Entscheid zugunsten, bei letzterer Firma zuungunsten unserer Kollegen aus.

Statistische Erhebungen fanden vier statt, und zwar eine Umfrage wegen Format-Berechnung; dieser war eine Tarifkonferenz in Berlin vorausgegangen, an der außer den drei Tarifamtsmitgliedern der Vorsitzende der Tarifkommission teilnahm. In dieser stand außer der Format-Berechnung noch die Berechnung der Titel auf der Tagesordnung. Bei der Format-Berechnung (Salzen, Vorrichten inkl. Beschneiden, Broschieren) soll künftig nicht mehr Dedelgröße, sondern die jeweilig vorliegende Formatgröße maßgebend sein und führten unsere Berliner Kollegen aus, daß, wenn nach Dedelgröße entlohnt würde, allein die Berliner Falgerinnen jährlich um 56 000 Mk. geschädigt seien und auch wir müssen dieses wohl anerkennen, daß die Arbeiter bis Beschneiden in der Zukunft nach der Formatgröße zu entlohnen sind. Treffende Beispiele gibt es ja gerade beim Broschieren. Kommt es doch häufig vor, daß manche Broschüre, um das richtige Postgewicht herzustellen, fast vernichtet wird, und hier werden manden Kollegen Broschüren, für welche im Tarif der Preis gewiß nicht zu hoch angesetzt ist, nach dem dann bestimmten Format berechnet. Daß hierin Wandel geschaffen werden muß, ist unbedingt notwendig. Auf Grund unserer aufgenommenen Statistik können wir mitteilen, daß die Hälfte der Leipziger Werkstätten diese angeführten Arbeiten nach Dedelgröße bezahlt, daß aber von dem anderen Teil die Arbeit jetzt schon nach der jeweiligen Formatgröße entlohnt wird.

Lehrlingsstatistiken fanden zwei statt. Auch in diesem Jahre kann, trotzdem etwas Besserung eingetreten ist, von einer genauen Einhaltung der Lehrlingskataloge nicht die Rede sein; die Kommission sah sich veranlaßt, in dieser Angelegenheit sich an die Firmen Barthel und Wötcher & Bongartz zu wenden und um Regelung dieser Angelegenheit zu ersuchen und liegen uns die schriftlichen Versprechen beider Firmen vor, kommende Eltern keine Lehrlinge einzustellen.

Die vierte Statistik befahte sich mit der allgemeinen Bezahlung des Tarifes und müssen wir hier leider bekennen, daß wir hierbei von der Kollegenschaft tüchtig hinterzogen wurden, bezweckten wir doch damit, alle Werkstätten, wofelbst Tarifdurchbrechungen zu verzeichnen waren, in unserer Zeitung zu veröffentlichen, um auch außerhalb Leipzigs zu zeigen, wie unsere Herren Prinzipale bemüht sind, die geschaffene Tarifgemeinschaft zur Durchführung zu bringen. Aber weit gefehlt! In dieser Statistik waren kaum leichte Umgehungen zu verzeichnen, geschweige denn Tarifdurchbrechungen. Selbst in den Werkstätten, wo die Kommission schon seit Jahren sicher weiß, daß in Punkte Tarif schwer gesündigt wird, waren die herrlichsten Tarifzustände vorhanden. Wir wollen zur Ehre dieser Kollegen annehmen, daß dieselben der Kommission nur deshalb die Uebelstände verschwiegen haben, um derselben so wenig wie möglich Arbeit zu verursachen; denn daß dabei auch ein gewisses Stück Feigheit und Mangelhaftigkeitsgefühl der Werkstätte gegenüber vorherrschend sein sollte, wollen wir unseren Kollegen nicht zutrauen. Aber das sollten sie in Zukunft Sorge der Kommission sein lassen. Diefelbe wird schon Mittel und Wege finden, alle ihr übertragenen Arbeiten zur Ausführung zu bringen.

Im weiteren befahte sich die Kommission mit Berechnung der Titel, Bezahlung des Folienbrudes und der Vogenberechnung. Diese Punkte sind dem Tarifamt überwiesen und haben ja auch teilweise durch dasselbe ihre Erledigung gefunden; sie sind ja durch die „Buchb.-Ztg.“ der Kollegenschaft unterbreitet worden.

Differenzen lagen bei der Firma Spamer vor. Hier handelte es sich um Herstellung von Leitwänden mit Mähdchen durch Mähdchen. Auf schriftliche Zustimmung wurde uns der Bescheid, daß irgendwelche Handhabe im Tarif nicht vorhanden sei, die es verbiete, genannte Arbeit von Mähdchen herstellen zu lassen. Nach uns erworbenen Mitteilungen sollen aber doch die Mähdchen von dieser Arbeit entfernt worden sein. Ob mit dieser Differenz, die spätere Entlassung eines Kollegen, welcher jahrelang in der Firma beschäftigt war und wohl auch in dieser Angelegenheit mit dem Werkführer verhandelte, in Zusammenhang zu bringen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Grund der Entlassung war Mangel an Arbeit.

Am 19. Dezember, also 8 Tage vor Weihnachten, wo die Ueberstunden bekanntlich ihr Ende haben, wurde uns endlich von Vorrichtern der Firma Leipziger Aktien-Buchb. vormalig G. Frischke mitgeteilt, daß der Werkführer, Herr Katschke, bei Ueberzeit- und Sonntagsarbeit die Prozente nicht tarifmäßig bezahlt hatte. Auf schriftliche Anfrage wurde uns durch Herrn Kommissionsrat Frischke mitgeteilt, daß derartige Verstöße gegen den Tarif in Zukunft vermieden werden sollen; trotzdem wurde Ende Januar von diesem selben Werkführer das gleiche Manöver ausgeführt und wurde uns bei Vorstelligwerden mitgeteilt, daß die Leute, um den Lohnausfall für das hohe Neujahr zu beden, freiwillig, ohne die Aufforderung des Herren Katschke, Sonntags und nach Feiertags gearbeitet hätten, und wäre daher die Firma auch nicht verpflichtet, Entschädigung dafür zu zahlen; allerdings soll ja die Aufforderung nicht von Herrn Katschke, sondern von einem Unterwerkführer ausgegangen sein. Es war in diesem Fall der Kommission nicht möglich, volle Klarheit zu schaffen, es scheint aber die Mahnung an die dort beschäftigten Kollegen umsonst am Platze zu sein, irgend welche Tarifumgehungen auf das energischste zurückzuweisen, da Herr Katschke neuerdings wieder versucht hat, ohne Entschädigung Ueberstunden machen zu lassen. Da uns die schriftliche Erklärung des Herrn Mat gegeben wurde, derartige Tarifverstöße nicht mehr vorkommen zu lassen, sollte sich der Herr Katschke etwas mehr bestreuen, das gegebene Ehrenwort der Geschäftsleitung einzulösen und nicht in dieser angedeuteten Weise zu mißbrauchen.

Bei der Firma Baumbach lagen Preisdifferenzen beim Falzen vor; das persönliche Vorstelligwerden hatte nur den Erfolg, daß Herr Baumbach sich zu folgenden Worten beließ: „Ich meine, das ist Sache meiner Hauskommission“. Er ließ unsere Vertreter einfach stehen. Ob diese Behandlung passend war,

überlassen wir zur Beurteilung Herrn Baumbach selber. Nach uns gewordenen Mitteilungen sollen auch in dieser Werkstatt irgend andere Differenzen vorliegen, deshalb wollen die Kollegen auch hier ein wachsames Auge haben.

Bei der Firma Brochhaus handelte es sich um Differenzen beim Broschieren, welche auf schriftlichem Wege zugunsten der Kollegen erledigt wurden; ein weiterer Fall, Reinwand schneiden von Mähdchen ausführen zu lassen, wurde durch Entgegenkommen des Geschäftsführers zu unserer Zufriedenheit geregelt.

Ein mehrmaliges Vorstelligwerden machte sich bei der Firma Barthel notwendig. Nicht genügende Bezahlung der Affordpreise, keine Prozentbezahlung für Ueberstunden und das ständige Zusammenarbeiten der Gehülfen mit Lehrlingen waren die Gründe dazu. In der letzten Unterredung mit dem Chef, Herrn Dr. Schlippe, — der übrigens der Vorsitzende des Tarifamtes, Kollege Geh, mit bewohnte — beruhigte uns die Erklärung des Herrn Dr. Schlippe insofern, als derselbe sich auf den Standpunkt stellte, wenn wir einmal eine Tarifgemeinschaft haben, muß dieselbe auch von beiden Seiten eingehalten werden. Diese anerkennungswürdige Aeußerung mochte nun von dem Geschäftsleiter, Herrn Petrich, beachtet und in die Praxis umgesetzt werden. Seine Pflicht wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß die Versprechungen, die uns durch Herrn Dr. Schlippe gemacht wurden, auch eingelöst werden.

Bei der Firma Enders erledigten sich die Differenzen beim Kollationieren dadurch, daß die Mähdchen auf Drängen des Werkführers den von der Firma vorgeschlagenen Preis annahmten, obwohl derselbe nicht karistisch war. Weiter wurden einem Preiser beim Folienbrud 10 Proz. in Abzug gebracht. Nachdem das Tarifamt zugunsten des Gehülfen entschieden hatte und der Betreffende diese 10 Proz. in Rechnung gestellt, wurde ihm der Bescheid, wenn er darauf beharrte, müßte ihm das natürlich ausgegahlt werden, dafür würde aber ein Abzug jetzt stattfinden für eine Arbeit, welche allerdings durchs Schiedsgericht zugunsten der Firma entschieden wurde, die aber schon im Januar hergestellt war und Ende März erfolgte nun erst der Abzug. Trotzdem wir uns mehrmals schriftlich an die Firma wandten, beharrte diese auf ihren Standpunkt. Im weiteren machte sich bei der gleichen Firma eine Werkstättenversammlung notwendig, die sich mit unberechtigten Abzügen und allzu hohen Strafen befahte und war die Erregung der dort Beschäftigten eine derartige, daß es der Kommission Mühe verursachte, die Leute zum Weiterarbeiten zu bewegen. Der Geschäftskommission, unter Zuziehung der Bevollmächtigten und des Vorsitzenden der Kommission, gelang es, die Geschäftsleitung zu veranlassen, daß die zu Unrecht gemachten Abzüge zurückgezahlt wurden.

Die Kommission verhalf ferner den ausgearbeiteten Gehülfen der Firma Juguann zu ihren tariflichen Stundenlöhnen.

Wegen Einführung und Anerkennung des Tarifes wandten wir uns an die Firmen J. Weber und W. G. Teubner, welche seit kurzem eigene Buchbindereien eingerichtet haben und liegen uns zustimmende Antworten vor.

Das anlässlich der Lohnbewegungen an den Buchbindereibesitzer-Verband gerichtete Ersuchen, keine Arbeit für Orte wo gestreift wird auszuführen, wurde in unserem Sinne beantwortet.

Seit Bestehen des Bureaus fanden 5 Kommissionsitzungen statt; diese geringe Anzahl ist nicht etwa auf weniger Arbeit derselben zurückzuführen, sondern auf die jetzige Zusammensetzung des Fachvereins-Vorstandes, welchem die Kommissions- und Tarifamtsmitglieder in der Gesamtheit angehören; wir sind daher in der Lage, in den Vorstandssitzungen bereits Arbeit zu erledigen, welche sonst die Kommission beschäftigt hätte.

Auskunft wurde in 68 Fällen im Bureau erteilt; nach auswärts wurde dieselbe viermal verlangt. Bemerk sei, daß die Hälfte der Auskünfte allein Broschieren betreffen und muß es unsere Aufgabe sein, bei den nächstjährigen Tarifberatungen bei diesen Positionen etwas mehr Klarheit zu schaffen.

Infolge allzu großer Ueberhandnahme der Arbeitslosigkeit unter den Gehülfen muß es unsere Aufgabe sein, unter allen Umständen eine Begrenzung der Frauennarbeit herbeizuführen, kommt es doch häufig vor, daß unsere männlichen Vorrichter tagelang aussetzen und die weiblichen Vorrichterrinnen Ueberstunden machen müssen. Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß unser Tarif in Auflage von 3500 Exemplaren vergriffen ist und im Auftrage des Verbandes Vorstandes weitere 150 Exemplare von den Herren Prinzipalen entnommen wurden. Den Mähdchentarif

beschloß der Vorstand für 5 Pf. abzugeben und ist derselbe vom Unterzeichneten zu beziehen. Zudem wir alle Kollegen und Kolleginnen auf die eingangs gemachten Ausführungen verweisen, wollen wir es nicht unterlassen, allen denen, die uns bei Erledigung der Geschäfte chüßlich waren, unseren Dank auszusprechen, mit dem Wunsche, weitere treue Mitarbeit auch weiterhin zu leisten.

S. A.: M. Walter, Reuditz, Grenzstr. 24 I.

Bericht vom Gautag des X. Gaues.

Der Gautag wurde in dem festlich geschmückten Saale des Restaurants zum Löwen, Kasianiallee, um 10½ Uhr vormittags vom Kollegen Groenhoff eröffnet. Er hieß die Delegierten und Gäste herzlich willkommen, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß in erster, sachlicher Beratung Erprobungsfähiges für die Organisation geleistet werden möge.

Kollege Carß begrüßte den Gautag im Namen der Zahlstelle. Diese wisse die ihr widerfahrne Ehre wohl zu schätzen. Der Gautag möge ein Merkstein sein in der Geschichte unseres Gaues.

Der Arbeitergesangverein trug sodann einen herrlichen Chorgesang: „Die Arbeit“ vor und entsetzte mit seiner vorzüglichen Darbietung den Weisfall der Versammelten. Groenhoff sprach den Dank aus. Sodann wurde noch vom Vorsitzenden des dem graphischen Kartell angeschlossenen Photographengehilfenvereins eine Aufnahme „getripst“ und der Gautag konnte sich seinen Arbeiten zuwenden.

Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 20 Delegierten, welche folgende 17 Zahlstellen vertreten: Aachen-Pieper, Wannen-Wolf, Bochum-Michlitz, Dortmund-Küppenbender und Moy, Düren-Frenten, Düsseldorf-Meyer, Duisburg-Ruhorst-Niesemann, Elberfeld-Möhriß, Essen-Klüting und Carß, Gelsenkirchen-Spärski, Hagen-Duesefeld, Köln-Kaiser und Gerhary, Krefeld-Vauer, Lüdenscheid-Paff, Mülheim-Oberhausen-Soller, Solingen-Wald-Reichelt und Bonn-Niesen. Der Gauvorstand war vertreten durch Groenhoff, Hallepape und Mehlert. Diese bildeten mit Hingziehung des Kollegen Gerhary-Köln das Bureau.

Außerdem waren als Gäste anwesend Herr Arbeiterssekretär Limberly als Vertreter des Gewerkschaftskartells, Herr Müller als Vertreter der Graphischen Kommission und des Gauvorstandes der Buchdrucker und Herr Krauß als Vertreter des Ortsvereins der Buchdrucker. Sämtliche Zahlstellen des Gaues waren vertreten. Nur der von den Mitgliedern in M.-Glabach gewählte Kollege Engler war nicht anwesend, was mehrfach bedauert wurde.

Die Tagesordnung lautete:

1. Situationsbericht des Bezirksleiters.
2. Unsere Lohnbewegung.
3. Gauarbeitsnachweise.
4. Unsere Taktik.
5. Verschiedenes.

Das Protokoll des vorjährigen Gautages in Köln wurde durch Kollegen Mehlert verlesen und unbeändert gelassen.

Hierauf gab Groenhoff seinen Situationsbericht. Er wies zunächst darauf hin, daß es das erste Mal sei seit seiner Anstellung als beauftragter Bezirksleiter, wo er Gelegenheit habe, vor Vertretern des ganzen Gaues zu referieren. Er habe ja schon eine Reihe von Zahlstellen besucht, aber noch lange nicht alle und da sei der gegenwärtige Moment immerhin für ihn bedeutungsvoll.

Sodann kam er auf die Einberufung des Gautages und den Protest der Elberfelder Zahlstelle zu sprechen. Man dürfe nicht etwa annehmen, daß er sich deswegen mit der Zahlstelle in den Haaren gelegen habe. Der Protest habe eine gewisse Berechtigung gehabt und daher habe er demselben auch sofort Rechnung getragen. Der Gautag sei dadurch allerdings etwas verspätet. Bisher war es üblich, daß die einzelnen Delegierten einen Situationsbericht ihrer Zahlstellen geben. Um Zeit für die Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung zu gewinnen, sei davon diesmal Abstand genommen. Er wolle daher versuchen, in aller Kürze ein allgemeines Bild der Situation zu geben.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich so: Im 1. Quartal 1904 betrug die Mitgliederzahl im ganzen Gau 517, im zweiten 512, im dritten 556, im vierten 604; im Durchschnitt des ganzen Jahres 547.

Im ersten Quartal 1905 betrug die Mitgliederzahl 621, im zweiten 671 und im dritten 745. Es ist also ein langsames aber stetiges Steigen zu verzeichnen. Nach der Statistik der Generalkommission wurden in der Buchbinderei 40 929 Personen beschäftigt, von denen 1904 15 206 in unserem Verbande waren. Davon waren männliche 26 909 (90,81 organisiert gleich 96 Proz.), weibliche 13 990 (65,25 organisiert gleich 39,48 Proz.).

Diese Zahlen dürften auf absolute Gültigkeit keinen Anspruch machen, da sie noch fußen auf das Ergebnis der Gewerbeerhebung von 1895.

Rechnet man nun wie üblich ein Siebentel aller Berufsangehörigen auf unseren Bezirk, so würde das 5347 ergeben. Davon sind im Verband 745 gleich 12 Proz.

Rechnet man nun, daß das Verhältnis von männlichen und weiblichen Berufsangehörigen auch in derselben Weise wie im ganzen Reich auf unseren Gau zutrifft, so ergibt das 3316 männliche und 2028 weibliche Berufsangehörige. Dann sind die Kollegen zu ungefähr 19 Proz., die Kolleginnen aber nur zu 1 Proz. im Verband.

Es zeigt sich also noch ein gewaltiger Abstand zwischen der allgemeinen prozentualen Höhe und derjenigen im Gau. Die aufgenommene Statistik zeigt ferner einen großen Unterschied in der Entwicklung der einzelnen Zahlstellen. Während einzelne in erfreulichem Wachstum begriffen sind, z. B. Aachen mit 72 Mitglieder, Dortmund mit 66, Düsseldorf mit 63, Elberfeld mit 68, Köln mit 81 und Solingen-Wald mit 69, bieten andere Zahlstellen nicht nur ein Bild des Stillstandes, nein, einige gehen direkt zurück. Mülheim-Oberhausen ist z. B. von 21 Mitgliedern am Schluß des zweiten Quartals auf 9 Mitglieder zusammengeschrumpft. Unter den wichtigsten Vorwänden treten die Kollegen aus oder lassen sich streichen. Es sind Mitglieder ausgetreten aus Angst, es möchte zum Streit kommen, darauf sind wieder andere ausgetreten, weil es nicht zum Streit kommen wollte. Auch die unerquicklichen Streitereien in unserer Zeitung müssen herhalten, um den Austritt zu motivieren. Auch haben verschiedene Zahlstellen erklärt, unter solchen Umständen keine Agitation betreiben zu können. In Dülmen sind die Mitglieder wieder alle abgesprungen. Man hat dort das Rezept des Herrn Arbeiterssekretärs Triquart pünktlich befolgt: „Wer in einem freien Verband ist, der muß heraus aus dem katholischen Gesellenverein.“ Der Präses hat unsere Dülmer Kollegen vor die Entscheidung gestellt, entweder aus dem Verband oder aus dem Gesellenverein, dann dürft ihr aber auch das Schützenfest nicht mitmachen. (Geiterzeit.) Das hat gezogen. Die jungen Leute haben somit für das „Zinjengericht“ eines Schützenfestes ihr „Ertgeburtsrecht“ der Organisation verkauft. Auch in M.-Glabach ist die Mitgliederzahl arg zusammengeschrumpft. Die Verbandskollegen sind meistens fremde Kollegen, die bald wieder den Staub von ihren Füßen schütteln. Die angegebenen Zahlen geben uns auch gleich ein Bild von der Aussicht einer allgemeinen Lohnbewegung. Daran ist vorläufig noch nicht zu denken, umso mehr, da die „Christlichen“ sich immer mehr in der Rolle von organisierten Streibrechern gefallen, wie das Beispiel des Kölner Holzarbeiterstreiks zeigt. Sodann gab Groenhoff noch einige Einblicke in das Massenverhältnis.

Bericht der Gaukasse (Einzelmitglieder.)

1. Quartal 1905. Einnahme.	
Rassenbestand vom 4. Quart. 1904	103,18 Mf.
Eintrittsgelder	5,- "
Beiträge	198,45 "
Zuschuß aus der Hauptkasse	300,- "
Sa. 606,63 Mf.	
1. Quart. 1905. Ausgabe.	
Arbeitslosen-Unterstützung	10,50 Mf.
Agitation	41,- "
15 Proz. der Beiträge	29,77 "
An die Verbandskasse	419,81 "
An Ort behalten	105,55 "
Sa. 606,63 Mf.	
2. Quart. 1905. Einnahme.	
Rassenbestand	105,55 Mf.
Eintrittsgelder	9,- "
Beiträge	219,15 "
Sa. 333,70 Mf.	
2. Quart. 1905. Ausgaben.	
Arbeitslosen-Unterstützung	100,- Mf.
Agitation	65,40 "
15 Proz. der Beiträge	32,87 "
An die Verbandskasse	92,75 "
An Ort behalten	141,68 "
Sa. 333,70 Mf.	
Vom 3. Quartal liegt die Abrechnung noch nicht vor. Es wurden in demselben für Agitation 255,50 Mf. und für Arbeitslosenunterstützung 100,75 Mf. verausgabt.	
Ein Auschnitt aus den Massenverhältnissen des ganzen Gaues gibt folgendes Bild:	
Einnahme. 1. Quart. 1905.	
Eintrittsgeld	47,80 Mf.
Beiträge	3185,50 "
Sa. 3233,30 Mf.	
Ausgaben. 1. Quart. 1905.	
Für Unterstützungen	453,75 Mf.
Für lokale Bedürfnisse	479,60 "
Für Agitation aus Verbandsmitteln	78,00 "
An die Verbandskasse u. d. Orten behalten	2221,35 "
Sa. 3233,30 Mf.	

Der Bezirksleiter nahm an 111 Versammlungen und Sitzungen im Jahre 1905 teil. Der Umfang der Korrespondenz zeigt sich in 501 Eingängen und 1468 Ausgängen. Für Porto gab die Gaukasse 93,24 M. aus. Für Agitation seitens der Verbandskasse wurden 302,20 Mf. in den drei Quartalen verausgabt.

Zum Schluß seines Berichtes wies Groenhoff noch darauf hin, daß ja der Situationsbericht sehr eng mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung zusammenhängt. Er selbst habe verschiedentlich darauf Bezug genommen und es sei vielleicht praktisch, beide Punkte zu verschmelzen. Zur Lohnbewegung gehöre vor allen Dingen ein guter Ueberblick der Situation.

Vor Eintritt in die Diskussion macht der Vorsitzende Hallepape bekannt, daß um 1 Uhr die Mittagspause beginnen müsse. Er schlägt vor, den ersten Punkt nicht mit dem zweiten zu verbinden, sondern denselben vor Eintritt in die Mittagspause zu erledigen. (Zustimmung.)

Duesefeld-Hagen wunderte sich über den Protest der Zahlstelle Elberfeld. Die auf dem Gauausflug versammelten Vorstände seien wohl berechtigt gewesen, den Gautag zu beschließen. Jetzt sei die schönste Zeit verloren gegangen. Dieses sei bedauerlich, da uns die „Christlichen“ mit einem Gauarbeitsnachweise den Wind aus den Segeln nehmen wollen.

Kaiser-Köln empfiehlt eifrige Agitation, namentlich unter den Kolleginnen. Er bedauert, daß M.-Glabach nicht vertreten sei. Er führt einen Fall an, wo ein langjähriges Mitglied deswegen aus dem Verband getreten sei, weil ihm der Kollege Groenhoff einmal ein Zirkular zur Beantwortung geschickt hat. Das sei ebenfalls eines der vielen Zeichen übertriebener Neugierigkeit mancher Kollegen. Mit dem Situationsbericht ist Kaiser zufrieden.

Möhriß-Elberfeld verteidigt das Verhalten seiner Zahlstelle. Diese sei wohl berechtigt zu ihrem Protest gewesen. Es müsse vor allen Dingen die Kompetenz zur Einberufung eines Gautags festgestellt werden. Der Antragsteller der bekannten Resolution sei nicht gegen die Abhaltung des Gautages gewesen. Er habe nur die Rechte der Mitglieder wahren wollen. Die Mehrheit hätte aber auch von einem Gautag nichts wissen wollen.

Moy-Dortmund empfiehlt vor allen Dingen Werkstubenagitation. Die Einberufung von Werkstuben-Besprechungen sei viel wichtiger als öffentliche Versammlungen.

Groenhoff erwiderte zunächst Duesefeld, daß man wohl annehmen könne, daß die Vorstehenden der Zahlstellen die Stimmung ihrer Mitglieder kennen. Sobald aber Protest erhoben sei, konnte nicht anders als wie geschehen verfahren werden. Betreffs M.-Glabach erwähnt er noch den Fall des Kollegen Lennart, welcher als Galizier ausgewiesen wurde und bemängelt dabei die mangelhafte Korrespondenz aus manchen Orten, wo die wichtigsten Vorkommnisse manchmal nicht berichtet würden. Der Verbandsvorstand habe deswegen im vorigen Jahre seine Einwilligung nicht gegeben, als die M.-Glabacher Kollegen wegen Abfassung resp. besserer Bezahlung der Ueberstunden vorgehen wollten.

Eschen, als Gast, sucht Groenhoff wegen M.-Glabach zu berichtigen. Es sei wohl ein Bericht nach Berlin gegangen. Darauf habe der Verbandsvorstand die Bewegung gerade abgelehnt. Die Christlichen hätten sich nachher ins Häusliche gelacht.

Gerhary-Köln erwidert Duesefeld. Der Gauvorstand habe gar nicht anders handeln können, nachdem einmal gegen den Gautag protestiert sei.

Groenhoff nimmt noch einmal zum Fall M.-Glabach gegen Eschen das Wort. Der nachte Zahlenbericht an den Verbandsvorstand hätte etwas umfleitend sein müssen, damit der Verbandsvorstand auch ein tatsächliches Bild der Verhältnisse bekam. Das habe er mit seiner Bemerkung über mangelhafte Berichterstattung sagen wollen.

Wolf-Wannen: Wenn von seiten einzelner Zahlstellen berichtet werde, sie können wegen der unliebsamen Vorkommnisse im Verbandsvorstand nicht agitieren, so glaube er, daß die betreffenden Vorstände sich dahinter verbergen wollen, um nur nichts tun zu brauchen. Die Agitation dürfe nun erst recht nicht erlahmen. Sei es nicht in öffentlichen Versammlungen so in Werkstuben-Besprechungen usw. Betreffend des im vorigen Jahre vom Kollegen Schidelbach ausgearbeiteten Regulativs wisse er genau, daß auch Wannen sich damit befaßt hat. Wenn Groenhoff dieselben nur von Düsseldorf und Düren zurückbekommen habe, so sei ihm dies unverständlich. Die Heberliste ist erschöpft. Der erste Punkt ist erledigt. Die Mittagspause tritt um 1¼ Uhr ein.

Nachmittagsführung.

Um 2¼ Uhr wird der Gautag wieder eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit aller Delegierten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung spricht Groenhoff einige einleitende Worte. Er incist auf verschiedene in seinem Situationsbericht schon angeschnittene Punkte hin. Sodann schildert er in

kurzen Strichen den Entwicklungsgang unseres Gewerbes mit besonderer Berücksichtigung der rheinisch-westfälischen Verhältnisse. Er glaubt, daß es wohl vorläufig nicht gut möglich sei, eine allgemeine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Der vorjährige Goutag in Köln hat sich ja auch schon mit dieser Materie befaßt. Aber infolge der großen unterschiedlichen Lohnverhältnisse, die innerhalb unseres Berufes bestehen, sind bisher alle Versuche einer einheitlichen Regelung gescheitert. Die Dortmunder Kollegenenschaft hat ja schon von lang her immer Klage geführt über die Lohnrückwärts der von auswärts kommenden Kollegen. Daher ist von ihrer Seite auch in Köln ein Antrag gestellt, der heute mit-berücksichtigend wäre. Dieser Antrag lautete:

„Am einheitliche Lohnverhältnisse im X. Gau einzuführen, beantragt die Zahlstelle Dortmund, folgende Minimalätze zur Durchführung zu bringen: 1. 21 Mk. Minimallohn für Städte unter 50 000 Einwohner; 2. 22,50 Mk. Minimallohn für Städte unter 100 000 Einwohner; 3. 24 Mk. Minimallohn für Städte von 100 000 Einwohnern und mehr.“

Dieser Antrag wurde im vorigen Jahre dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Er sieht heute wieder mit zur Debatte. Groenhoff zweifelt aber daran, daß diese Festsetzung der Löhne das richtige trifft. In den Vordergrund aller unserer Bestrebungen muß der Neuntunentag treten. Er wolle aber vorläufig von der Stellung eines Antrages Abstand nehmen und abwarten, was die Diskussion bringt. Der Beschluß der Essener Konferenz, betreffend Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Ruhrgebiet, vom 2. April dieses Jahres, hat, wie schon bemerkt, auf die Milseimer Zahlstelle wie Sprengpulver gewirkt. Die Mitglieder sind auseinander geflogen. Das zeigt uns, wie schwer etwas Einheitliches durchzusetzen ist.

Carisch-Essen wünscht mehr den Drei-Städte-Tarif bei diesen Betrachtungen im Auge zu behalten und allgemein auf den dort vorgesehenen Minimallohn hinzuwirken. Städte mit höheren Lebensverhältnissen müßten einen Lokalaufschlag verlangen, wie es bei den Buchdruckern auch ist. Er hält aber den Antrag Dortmund, lediglich nach der Einwohnerzahl zu bestimmen, nicht für praktisch.

Kaiser-Köln befürchtet bei allgemeinem Vorgehen infolge des geringen Prozentsatzes der Organisierten ein schmächtliches Fiasko zu erleiden. Er weist namentlich auf die große Zahl der unorganisierten Kolleginnen hin und bittet den Gauvorstand, dafür Sorge zu tragen, daß in nächster Zeit eine Referentin geschickt wird, um die Kolleginnen zu gewinnen. Er weist dann noch auf das Vorgehen der „Christlichen“ hin, welche uns bei einer Lohnbewegung unfehlbar in den Rücken fallen würden. Es sei deren Absicht, sich an unsere Stelle zu setzen. Da sei ihnen jedes Mittel recht.

Kaiser wünscht, daß folgende Tatsache im Protokoll bemerkt werde. Bei unserer Lohnbewegung in Köln haben die „Christlichen“ sich amüsiert, daß wir ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen. Sie haben ausdrücklich erklärt, daß sie sich eventuell in unsere Stellungen setzen würden.

Groenhoff glaubt ebenfalls, daß wir mit diesen Leuten noch zu rechnen haben werden. Er ist mit Carisch der Meinung, daß es nicht angängig ist, die Lohnhöhe nach der Einwohnerzahl zu bestimmen. Er könne sich sehr wohl vorstellen, daß es Großstädte von 100 000 Einwohnern gibt, wo die Kollegen froh wären, wenn es ihnen glückt, den Minimallohn von 21 Mk. durchzusetzen. Auf der anderen Seite gibt es wieder Städte, welche nur halb so groß sind Solingen z. B., wo man mit einem solchen Minimallohn nicht zufrieden wäre. Er unterbreitet folgende Resolution:

Der Goutag erachtet es für die bornehmste Pflicht der Organisation, die Lohn- und Arbeitsbedingungen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung möglichst günstig zu gestalten.

Alle Zahlstellen sollen darauf hinwirken, daß den tariflichen Abmachungen in den drei Tarif-Städten möglichst nahe gekommen wird.

Eine einheitliche Regelung im ganzen Gau wäre wünschenswert, ist aber infolge der Verschiedenartigkeit zwischen Groß- und Kleinstadt, Großbetrieb und Handwerk, Branche und Branche vorläufig noch nicht durchzuführen, namentlich, da die Organisationsverhältnisse noch überall viel zu wünschen übrig lassen.

Es wird aber allen Zahlstellen zur Pflicht gemacht, dafür einzutreten, daß die Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden reduziert wird. Daß ferner unter einem Minimallohn von 21 Mk. für männliche Arbeiter nach fünfjähriger Tätigkeit inkl. Lehrzeit nicht bezahlt wird. Daß ferner Ausacelernte im ersten Beschäftigungsjahre mindestens 18 Mk. verdienen. Daß weiter unacelernte Arbeiterinnen im ersten Jahre mindestens 7 Mk., nachdem mindestens 12 Mk. verdienen.

Selbstverständlich ist in allen Orten, wo diese Minimallohne schon existieren oder höher sind, das

für zu sorgen, diese nicht nur zu erhalten, sondern fortzuschreiten zu versuchen, auf die Höhe des Drei-Städte-Tarifs zu gelangen.

Der Goutag erkennt an, daß Lohnbewegungen nicht künstlich gemacht werden können. Grundbedingung für ein erfolgreiches Vorgehen ist eine starke Organisation sowie eine gute Statistik.

Allen Zahlstellen, die diese Bedingung erfüllen, wird daher empfohlen, jede Gelegenheit zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu benutzen.

Pieper schildert die Verhältnisse in der Maschinen- und Metallindustrie. Er hält die in der Resolution angegebenen Sätze für undurchführbar. Namentlich der Sprung von 7 Mk. für ungeübte Arbeiterinnen auf 12 Mk. für geübte, sei zu groß. In Aachen bekommen diese Mädchen anfangs 3 bis 4 Mk., später 7 bis 8 Mk. Bei 12 Mk. würden sie ja bald so viel haben, wie viele Schülfer, die mit 13 bis 14 Mk. nach Hause gehen.

Meher-Düsseldorf befragt vor allen Dingen die Pflege einer guten Lohnstatistik. Ohne eine solche tappen wir im Dunkeln umher. Die vom Verbandsvorstand übermittelten Fragebogen sind unheimlich kompliziert, so daß man es mit der Angst krieget, wenn man sie bloß ansieht, immerhin muß aber diese Arbeit notwendig geleistet werden. Auch er hält es für verfehlt, die Lohnhöhe nach der Größe der Städte feststellen zu wollen.

Mohr hält die Festsetzung eines Minimallohnes für unbedingt notwendig, eventuell mit einem Zuschlag für teure Städte. Man hat über unseren Antrag in Köln gelacht, aber die Debatte zeigt doch, daß notwendig etwas getan werden muß. Gegen Pieper bemerkt er, daß auch vor allen Dingen ein Minimallohn für Arbeiterinnen geschaffen werden muß. Sonst wächst uns diese Arbeitskraft über den Kopf und macht uns immer mehr Konkurrenz. Er weist noch auf die Entwicklung der Technik hin, welche diese Tendenz immer mehr begünstigt und führt als ein Beispiel die Ledemaaschinen an.

Reichelt-Solingen führt aus, daß es sehr gut möglich ist, für Mädchen einen Anfangslohn von 7 Mk. festzusetzen. Bei uns in Solingen sind Mädchen ein sehr gesuchter Artikel. (Große Heiterkeit.)

Kaff-Lüdenscheid berichtet über eine kleine Lohnbewegung in Lüdenscheid, wo man zwar nicht viel, aber doch etwas erreicht hat. Der Minimallohn von 21 Mk. ist bewilligt. Er gibt immer noch Kollegen, welche glauben, ihrer Lebensstellung wegen die Organisation nicht nötig zu haben. Ein solcher hat zum Beispiel nach zehnjähriger Tätigkeit in einem Geschäft den großen Lohn von 19,50 Mk. und erklärt, damit sehr zufrieden zu sein. (Heiterkeit.)

Mieffen-Donn glaubt auch nicht an die Möglichkeit eines allgemeinen Vorgehens. Die Branchenverschiedenheit läßt das vorläufig nicht zu. Er führt dann ein krasses Beispiel an, wie eine Firma die Arbeitskraft auszunutzen versteht. Verdient jemand in Lohn z. B. 30 Mk. und er bekommt Afford, so wird der Affordpreis so bemessen, daß er zu seinem Lohn kommt. Verdient einer 24 Mk. und er bekommt Afford, so wird dieselbe Arbeit ebenfalls so viel niedriger bezahlt, damit auch der nicht höher wie zu seinem Lohn kommt usw. Es wird also für dieselbe Arbeit der verschiedenartigste Affordpreis bezahlt. (Große Bewegung.)

Frenken-Düren führt aus, daß es sehr gut gewesen ist, daß unsere Organisation in Düren den Christlichen zugekommen ist. Sonst hätten wir wohl schwerlich Fuß gefaßt. Die weibliche Arbeitskraft wird sehr schlecht bezahlt. Die Arbeiterinnen erhalten in Tagelohn 60, 70 bis 90 Pf., in Afford kommen sie ja allerdings höher. Bedauerlicherweise wollen seine Kollegen nicht viel von den Kolleginnen wissen. Ein Kollege wurde von seinem Prinzipal aufgefordert, aus dem Verband auszutreten. Derselbe lehnte das aber ab und hat somit die Feuerprobe bestanden. (Wabool) Er hält ein Zusammengehen bei Lohnbewegungen mit den Christlichen für unmöglich; diese würden uns verraten. Tagegen hält er ein eventuelles Kompromiß mit den Christlichen-Dünderchen schon für diskutabel. Diese sind ehrliche Leute, die gern mit uns zusammen gehen und hauptsächlich deswegen in ihrem Verband bleiben, weil sie durch jahrelangen Beitrag gewisse Rechte erworben haben. Dies trifft natürlich nur für Düren zu. Wie es anderwärts damit aussehe, wisse er nicht.

Groenhoff zieht das Schmecken der gemachten Ausführungen. Wenn auch an ein allgemeines Vorgehen noch nicht zu denken ist, so gibt es doch eine Anzahl Städte, wo man, ohne es zum äußersten zu treiben, durch geschicktes Vorgehen etwas erzielen kann. Dem Kollegen Pieper erwidert er, daß gerade die Kurzfristigkeit der Kollegen, welche den Arbeiterinnen keinen höheren Lohn gönnen, dazu beiträgt, ihren eigenen Lohn ebenfalls niedrig zu halten. Die Dümler Kollegen, welche mit den Kolleginnen nicht zusammengehen wollen, mögen sich ein Beispiel an dem Katholikentag in Straßburg nehmen, wo die

Frauenfrage eine große Rolle gespielt hat; sie werden doch nicht rückständig sein wollen. Die Frauenarbeit nimmt immer mehr überhand. Wir müssen mit ihr rechnen.

Darauf wird die Resolution einstimmig angenommen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung referiert Carisch. Er führt aus, daß es nicht seine Absicht sei, ein ausgedehntes Referat zu halten. Der Arbeitsnachweis sei von Essen aus vorläufig für das Ruhrgebiet bestimmt gewesen. Die in Essen am 2. April tagende Konferenz habe denn auch in diesem Sinne entschieden und die Zahlstelle mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragt. Das Material ist den in Frage kommenden Zahlstellen zugegangen. Es sind Plakate vorgelesen, welche auf den Arbeitsnachweis aufmerksam machen und gleichzeitig die Adresse des Filialleiters angeben. Sodann sind Postkarten gedruckt, welche zur Arbeitsvermittlung dienen und worauf die Prinzipale mitteilen können, ob die Stelle von dem Leberwiesenen besetzt wurde, ob noch weitere Arbeitskräfte gewünscht werden usw. Er hält einen solchen Nachweis, wenn er gut funktioniert, für ein vorzügliches Agitationsmittel. In Essen selbst sind mit dem Arbeitsnachweis schon sehr gute Erfahrungen gemacht, er glaubt, daß sich dieses System auch im größeren Kreise behaupten wird. Ob es schon gleich über den ganzen Gau auszudehnen sei, lasse er dahingestellt sein. Immerhin möchte er empfehlen, den Versuch zu wagen. (Zuruf: Kostul) Was die Kosten anbelangt, so sind dieselben nicht so wichtig. (Zuruf: Hauptfachel) Nach seiner Berechnung würden die Einführungskosten pro Zahlstelle 5 bis 6 Mk. betragen, dazu kämen dann pro Woche das entsprechende Porto, das sich aber auch durchschnittlich nur auf 5 bis 10 Pf. belaufen würde. In diesen geringfügigen Kosten würde die Sache nicht scheitern, wenn es uns gelingt, sie sonst praktisch zur Durchführung zu bringen. Das sei vor allem das Wichtigste, das zu erwägen sei. (Beifall.)

Groenhoff ist auch der Meinung, daß, wenn die Kosten nicht höher sind, als wie angegeben, diese Frage kein Hindernis sein würde. Die Hauptfache sei die praktische Durchführbarkeit. Hierüber müssen wir zunächst klar werden. Er stellt die ganze Angelegenheit zur Diskussion.

Queseleit wünscht schleimigtes Zustandekommen des Arbeitsnachweises. Er ist dafür, daß derselbe zunächst nur für das ursprünglich in Aussicht genommene Gebiet eingeführt wird, ferner wünscht er, daß auf den Plakaten nicht der Filialleiter als Adresse des Lokalen Nachweises stehen soll, sondern ein bestimmtes Lokal, wegen des häufigen Wechsels. Er stellt folgenden Antrag:

„Der Goutag möge beschließen, einen Arbeitsnachweis nur für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk einzuführen, und zwar in der von der Essener Zahlstelle geplanten Weise, mit besonderer Berücksichtigung der Filialleiter.“

Es melden sich verschiedene Gäste aus der Essener Zahlstelle und den benachbarten Zahlstellen zum Wort. Der vorgerückten Zeit halber wird in dessen beschloffen, nur Delegierte und eventuell anwesende Einzelmitglieder zum Wort zu lassen.

Kaiser bezeugt, daß ein allgemeiner Gauarbeitsnachweis durchzuführen ist. Es würde das ein sehr umständlicher Apparat sein. Auch hegt er Zweifel, ob unser Bezirksleiter die nötige Zeit haben werde; derselbe sei doch oft tagelang unterwegs.

Groenhoff weist für diesen Fall auf seine Vertreter hin.

Reichelt glaubt nicht, daß die Kosten so gering sein würden, wie angegeben wurde und lehnt deswegen den Gauarbeitsnachweis ab.

Meher hebt die Schwierigkeiten hervor, die wegen des sogenannten Umschauens entstehen können. Wenn wir etwas Derartiges einführen, müssen wir natürlich unsere Mitglieder anhalten, nur den Nachweis zu benutzen. Währenddessen schnappen die anderen womöglich durch Umschau die Stellen weg. Die Prinzipale werden sich nicht so festlegen, nur aus unserem Nachweis Arbeitskräfte zu nehmen. Wenn sie jemand brauchen und es kommt ihnen einer ins Haus gerannt, so werden sie ihn einstellen.

Kaff glaubt, daß der Gauarbeitsnachweis für Lüdenscheid wohl weniger Bedeutung hat. Er hat aber den Auftrag, dafür zu stimmen.

Frenken hält einen allgemeinen Gauarbeitsnachweis nicht für nützlich. Er wäre eher für einen Bezirksnachweis, für Aachen, Köln, Düren usw.

Pieper hält es für angebracht, daß nur überschüssige Stellen dem Gauvorstand angemeldet werden, während alle anderen durch einheimische Kräfte zu besetzen sind.

Milid-Bodum erklärt sich im Namen seiner Zahlstelle gegen den Arbeitsnachweis, weil keine Stellen mit Kost und Logis vermittelt werden sollen, derartige Stellen seien manchmal gar nicht schlecht. Bodum wird zu den Kosten daher nicht beitragen.

Pieper hält die Kosten auch für zu hoch. Außerdem wäre es für Adyen zwecklos. Er hält hingegen einen Bezirksnachweis für Wachen, Düren, Köln und Bonn für wünschenswert.

Wolf-Barmen wünscht ebenfalls, den Versuch zunächst für das Ruhrgebiet zu machen. Groenhoff rezipiert kurz das Ausgeführte. Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag sagen wird angenommen mit einem Zusatzantrag von Klitting, welcher besagt, daß sich auch die übrigen Zastellen nach Wunsch an den Nachweis für das Ruhrgebiet beteiligen können.

Damit war der dritte Punkt erledigt. Zum vierten Punkt: „Unsere Taktik“ gab Groenhoff die Einleitung. Er führte in längerer Rede aus, daß die Gewerkschaft ihre Aufgaben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen und den Arbeitern wirtschaftliche Macht zu verschaffen, nur dann erreichen kann, wenn möglichst alle, oder doch wenigstens der größte Teil der Berufsangehörigen sich ihrer Gewerkschaft anschließen. Das hat natürlich zur Voraussetzung, daß die Gewerkschaft als solche ein neutraler Boden sei, wo sich die Kollegen mit den verschiedenartigen Ansichten zusammenfinden können, um gemeinsam ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Es gelte also vor allen Dingen, der Arbeiterklasse diese ihre wirtschaftlichen Interessen planmäßig zu machen. Dafür sei die gewerkschaftliche Agitation da. Zudem sei sich vor allen Dingen auf diesen einen Punkt legt, erringt sie ihre großen Erfolge. Gerade die eindringliche immer und immer wiederholte Hinweisung auf den Gegensatz zwischen Arbeitern und ihren Anwendern erziehe die Arbeiter zum Klassenbewußtsein. Wer sich erst einmal in den Gewerkschaften zum Klassenbewußten Arbeiter durchgerungen hat, der wird sich auch leichter in den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Fragen zurechtfinden. Wenn die Gewerkschaften vorwärts kommen wollen, so ist es notwendig, daß sie alle politischen und religiösen Fragen ausschalten und sich eng an die gewerkschaftlichen Fragen halten. Diese sind so vielseitig, daß sie vollständig die Zeit der Gewerkschaften in Anspruch nehmen können und schon die Arbeitsteilung eine Trennung der Gewerkschaft von der politischen Betätigung notwendig machen würde. Deshalb brauche natürlich niemand seine politische Gesinnung zu verleugnen. Es ist vielmehr jedes Menschen moralische Pflicht, für seine Ueberzeugung einzutreten. Die heutige Zeit verlange energische, zielbewusste Menschen. Was aber die Arbeiterklasse vor allen Dingen braucht, das ist wirtschaftliche Macht! Diese ist die Grundlage der politischen Macht. Diese wirtschaftliche Macht beruht aber nicht allein in wohlgefüllten Kassen. So können die Arbeiter nie sparen, daß sie zum Schluß die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung auskaufen können. Was sie aber sparen und als wirtschaftlichen Gegenpol des Kapitals zur Anwendung bringen können, das ist die lebendige Arbeitskraft. Diese zu organisieren, in Gewerkschaften und in Genossenschaften zusammenzufassen, das ist unsere vornehmste Aufgabe. Darum müssen wir alle trennenden Momente ausschalten und in der gewerkschaftlichen Organisation wirtschaftliche Macht zu erlangen suchen. Diese bildet erst die nötige Grundlage zur politischen Macht. Wir werden z. B. den gesetzlichen Achtstundentag erst dann erhalten, wenn er durch die gewerkschaftliche Betätigung zum größten Teil schon durchgesetzt ist. Die Gesetzgebung drückt in der Regel zum Schluß das Siegel des Gesetzes auf das, was sich wirtschaftlich durchgesetzt hat. Medner empfiehlt folgende Resolution:

Der Gautag erklärt, an der altbewährten Taktik nach wie vor festzuhalten, welche den Verband großgemacht hat. Diese Taktik ist gegeben durch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Die Gewerkschaft kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn möglichst aller oder doch die Mehrheit der Berufsangehörigen ihr angehört. Nur dann kann sie wirksam besternd in die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder eingreifen. Die Gewerkschaft muß daher unabhängig von irgend welcher politischen oder religiösen Strömung sein, um allen Kollegen und Kolleginnen den Eintritt zu ermöglichen. Das hat die sogenannte „Neutralität“ der Gewerkschaft zur Voraussetzung. Diese Neutralität bedingt, daß allen Mitgliedern das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der Gewerkschaft und ihrer Zeitung zusteht, soweit es sich um gewerkschaftliche Fragen handelt. Die Neutralität ist nicht etwa nur zu pflegen mit Rücksicht auf die sogenannte „christliche“ Gewerkschaftsbewegung. Diese hat am wenigsten Ursache, auf ihre Neutralität zu pochen, da sie sich direkt in den Dienst von politischen arbeitersindischen Parteien stellt. Die Neutralität kann auch nicht so verstanden werden, daß die Gewerkschaft sich nun unter allen Umständen im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei stellen muß.

Der Gautag erkennt vielmehr an, daß diese Partei die einzige ist, welche beständig für die Gewerkschaftsbewegung und das Koalitionsrecht eintritt und daß die Zeitungen der Partei diejenigen Blätter sind, auf welche sich die Arbeiterklasse im gewerkschaftlichen Kampfe im Gegensatz zu allen bürgerlichen Zeitungen jederzeit verlassen kann.

Zudem der Gautag dieses anerkennt, überläßt er es allen Mitgliedern, hieraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Nicht Rücksicht auf gegnerische Verbindungen oder auf die Unternehmern und ihre Organe ist es also, welche zur Neutralität nötig. Diese werden immer alle Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage als sozialdemokratische Machenschaften hinstellen. Die Neutralität wird lediglich bedingt aus Rücksicht auf die verschiedenartigen Ansichten der Arbeiter selbst, welche sich in der Gewerkschaft zusammenfinden sollen, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, soweit es im Rahmen der gewerkschaftlichen Bewegung möglich ist.

Der Gautag weist daher alle Bestrebungen zurück, welche geeignet sind, Zerspaltung in die Reihen der Kollegenschaft zu tragen und erwartet von allen Kollegen und Kolleginnen, daß sie mehr und mehr zum Bewußtsein ihrer Klassenlage kommen und sich dem Deutschen Buchbinderverband anschließen werden.

Sodann fährt Groenhoff fort: Sie haben gewiß von mir erwartet, daß ich den unliebsamen Streit im Verbandsvorstand des langen und breiten hier erörtern würde. Dazu liegt für mich keine Veranlassung vor. Die Debatte über den Gewerkschafts-tongreß, über Generalfreie und Maifeier, kurz, über die Taktik, steht nur in sehr losem Zusammenhang mit dieser rein persönlichen Frage. Der Streit wäre auch so gekommen. Diese ursprüngliche theoretische Auseinandersetzung war nur der Anstoß zu der nachfolgenden unerquicklichen Erörterung. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß es noch zu einer friedlichen Lösung kommt. Je weniger sich andere Kollegen hineinmischen, je besser ist es. Unser Verband mag ja wohl in der Agitation dadurch etwas gelitten haben, zugrunde geht er deswegen noch lange nicht, dazu wurzelt er zu tief in dem fruchtbaren Erdbreich der wirtschaftlichen Verhältnisse und die aufgeregten und getriebenen Wasser werden wieder zur Ruhe kommen und sich klären und hell und klar den erhabenen Gedanken der Organisation widerspiegeln. (Lebhafte Beifall.)

Kaiser wünscht eine klare und unzweideutige Stellungnahme gegen die Christlichen. Er hält es für unmöglich, mit diesen jemals in einer Lohnbewegung zusammenzugehen. Er wünscht, daß der Gautag dieses in einem Antrag zum Ausdruck bringen möge. Unsere Taktik muß in dieser Richtung festgelegt werden. Die Christlichen soll man ganz links liegen lassen. Nur wenn sie mit großen Unrichtigkeiten kommen, soll man gegen sie polemisieren. Zum Streit im Verbandsvorstand kann er nicht so ruhig sein. Der Gautag müsse ganz energisch dazu Stellung nehmen und seine Ansicht in einem entsprechenden Antrag zum Ausdruck bringen.

Er stellt folgenden Antrag:

„Der Gautag des X. Ganes vom 8. Oktober tagend in Essen, beantragt, eine Urabstimmung zu bewerkstelligen, daß ein außerordentlicher Verbandsstag einberufen werde, um Stellung zu nehmen gegen die Streitigkeiten im Hauptvorstand, event. die Neuwahl des Hauptvorstandes vorzunehmen.“

Meher ist mit der von Groenhoff eingebrachten Resolution einverstanden. Er steht aber im Gegensatz zu ihm auf dem Standpunkt, daß die politische Macht erst die wirtschaftliche Macht bedingt. Er weist auf unsere Zollgesetzgebung hin, wo die Agrarier usw. die Gesetzgebung benutzen, um sich immer mehr und mehr auf Kosten des Volkes zu bereichern. Es sei daher für Arbeiter notwendig, die politische Macht zu erringen. Schon um das Koalitionsrecht zu sichern, sei dieses notwendig. Er ist gegen die Ausführungen von Kaiser. Man soll erst einmal abwarten, was der Ausschuß macht. So über das Ruie brechen lasse sich die Sache nicht. Ein jeder glaube natürlich im Recht zu sein und werde sich demnach auch wehren. Vor außen läßt sich diese ganze Angelegenheit nicht entscheiden.

Groenhoff erwidert Meher bezüglich seiner Auffassung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Alle Umwälzungen im Staats- und Gesellschaftsleben haben sich dadurch vollzogen, daß eine neue bisher unterdrückte Klasse in den Besitz wirtschaftlicher Machtmittel gelangte. Dann streckte sie die Hand nach der politischen Macht aus und drückte der neuen Zeit ihren gesellschaftlichen Stempel auf. So sei es mit der großen französischen Revolution gewesen. Die Bourgeoisie gelangte zuerst zur wirtschaftlichen Bedeutung und dann zur politischen Herrschaft. Die Arbeiterklasse kann sich nicht auf neue unter ihr stehende Klassen stützen, weil es keine gibt. Ihre wirtschaftliche Macht ist nicht das Schwert, das Machtmittel der alten Zeit, auch nicht das Geld das Machtmittel der neuen Zeit, sondern die lebendige Arbeit. Diese ist zu organisieren und dadurch unüberwindlich zu machen.

Die Arbeiterklasse ist zu organisieren und dadurch unüberwindlich zu machen.

Kappeler-Mülheim war ursprünglich als Delegierter gewählt. Er konnte aber umständehalber nicht von Anfang an teilnehmen. Im Einverständnis mit dem Kollegen Holler und dem Gautag übernimmt er das Mandat.

Er ist mit Groenhoff einverstanden und polemisiert gegen Meher. Ebenso spricht er sich gegen den Antrag Kaiser aus. Dagegen wünscht er eine scharfe Stellungnahme gegen die Zeitungs polemik. Diese habe Mitgliederverlust zur Folge gehabt.

Kaiser begründet seinen Antrag. Es sei notwendig mit aller Schärfe gegen das Gebaren des Vorstandes Front zu machen. Er sehe aus dem ganzen Dilemma keinen anderen Ausweg als einen neuen Verbandstag. Der Dresdener Verbandstag habe eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Er begreife nicht, was die Sitzberlegung für einen Zweck gehabt habe. Die Abfägung des Kollegen Dittrich sei ein abgekarteter Gewaltakt gewesen. Gründe seien überhaupt nicht vorgebracht. Er habe wenigstens nichts Stichtaltes finden können. Der jetzige Zustand sei ein unhaltbarer und ziehe immer weitere Kreise in Mitleidsenschaft, wie die Erklärung der Berliner Vertrauensleute beweise. Hier Memorie zu schaffen, sei der Zweck seines Antrages.

Woh ist gegen den Antrag Kaiser. Es sei vor allen Dingen notwendig, daß die Zeitungs polemiken aufhören. Wenn in einer Zastelle Strach ist, verlangt der Verbandsvorstand auch, daß Ruhe gehalten wird. Er empfiehlt folgende Resolution:

„Der Gautag erachtet den Streit in der Buchb.-Ztg.“ als einen groben Mißbrauch der Zeitung, wodurch die ganze Kollegenschaft in Mitleidsenschaft gezogen wird und die Agitation in grober Weise erschwert wird. Wir erwarten von dem Ausschuß, daß die Sache so schnell wie möglich geregelt wird, so daß unsere Bewegung ihren geregelten Fortgang nehmen kann.“

Woh ist gegen den Antrag Kaiser. Einmal würde eine Unmenge Geld dadurch verschwendet werden und dann würden die ganzen Verhandlungen nur zum Nutzen der Gegner sein, die begierig auf jedes Wort, was dort fallen würde, acht geben werden.

Bauer hält die Einberufung eines Verbandstages aus denselben Gründen für zwecklos. Er wünscht, daß aber vor dem nächsten Verbandstag ein Gautag abgehalten werde, um dann Stellung zu den wichtigsten Fragen zu nehmen.

Kuppenbender wünscht eine scharfe Resolution.

Groenhoff bemerkt gegen Kaiser, daß er nicht gut annehmen könne, daß die ganze Sitzberlegung nur deswegen gemacht sei, um Dittrich dadurch abzugeben. Es lag ja nichts gegen ihn vor. Derselbe habe doch seine Schuldigkeit stets getan. Wie er noch im Amt war, sei er allerdings häufig genug aus Gau X angegriffen worden. Daß die Berliner den Verbandsvorstand gerne nach dort hin hätten, sei doch menschlich wohl zu begreifen. Sie ziehen ja alle Größen gerne an sich. Auch in Köln habe man sich ja im Vorjahre um den Sitz des Gauvorstandes gefachelt. „Sie Köln, die Essen“, habe es gelautet. (Große Heiterkeit. Sehr gut!) Er wolle bemerken, daß der Auffassung der Elberfelder Zastelle lediglich der Tätigkeit der dortigen führenden Kollegen zu danken sei. Er habe noch wenig in dieser Sache tun können. Man habe ihn in Elberfeld im Gegenteil auf seine auswärtigen Angelegenheiten verwiesen. Das Innere wollten sie schon selbst besorgen. Gegen den Antrag Kaiser müsse er sich ebenfalls aussprechen. Auf einem eventuellen Verbandstag würde das Uebel, was man beseitigen wolle, noch schlimmer werden. Keiner würde sich dort ruhig abmucken lassen. Das könnte ein gefundenes Fressen für unsere Gegner werden.

Die Resolution Kaiser wird gegen 4 Stimmen abgelehnt, diejenige von Woh gegen 2 Stimmen angenommen.

Groenhoff als Vorsitzender glaubt damit diesen Punkt verlassen zu können.

Kaiser zur Geschäftsordnung: „Wir müssen doch noch Stellung gegen die „Christlichen“ nehmen!“

Groenhoff: „Bitte, Kollege Kaiser, Du hast das Wort.“

Kaiser führt aus, daß es unmöglich sei, ohne eine klare Stellung gegen diese Organisation genommen zu haben, den Punkt „Taktik“ abzugeben. Wir müssen klar und deutlich aussprechen, daß wir unter keiner Bedingung mit diesen Leuten zusammengehen können. Er geht des Näheren auf den Streif der Kölner Holzarbeiter ein und zeigt, wie die Christen nicht nur selbst Streikbrecher spielten, sondern wie sie sogar die Herbeischaffung von auswärtigen Streikbrechern systematisch betrieben und organisiert hätten. Auf eine solche Gelegenheit traten unsere „christlichen“ Ausfolggen ebenfalls. Er empfehle daher zur Taktik festzusetzen, unter keinen Bedingungen mit den Christlichen zusammenzugehen. (Schluß des Berichts im Hauptblatt.)